

**Landtag  
Nordrhein-Westfalen**  
18. Wahlperiode



**Ausschussprotokoll  
APr 18/446**  
07.12.2023

---

## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **23. Sitzung (öffentlich)**

7. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:46 Uhr bis 16:33 Uhr

Vorsitz: Andreas Bialas (SPD) (amt. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**Die Lokalradiolandschaft NRW muss erhalten bleiben!**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6388

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

\* \* \*



Landtag Nordrhein-Westfalen	- 35 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 3 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Ich darf Sie erneut sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße nochmals die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien, insbesondere die Sachverständigen der heutigen Anhörung sowohl hier im Saal als auch in der Videokonferenz, etwaige Vertreter der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer vor Ort oder im Livestream sowie Vertreterinnen und Vertreter der Medien zur 23. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Ich darf die Frau Vorsitzende sowie den Stellvertreter entschuldigen. Wenn ich mit Ihrem Einverständnis rechnen darf, würde ich auch diese Sitzung mit Freude leiten. – Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch.

Ich gehe von Ihrem Einverständnis mit der Tagesordnung und der Durchführung einer Anhörung aus. Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 18/594. Die Anhörung wird per Videostream im Internet übertragen und aufgezeichnet. Mit dem Stream und der Aufzeichnung haben sich die teilnehmenden Sachverständigen einverstanden erklärt, da kein Widerspruch erhoben wurde. Ich sehe auch jetzt keinen. Ich rufe auf:

### **Die Lokalradiolandschaft NRW muss erhalten bleiben!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6388

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für uns. Überdrucke der Stellungnahmen liegen im Eingangsbereich des Sitzungssaals aus. Wie mir versichert worden ist, sind die Statements in der Tiefe von den hier anwesenden Angehörigen des Landtages studiert worden. Es ist vereinbart worden, dass keine Eingangsstements gehalten werden. Mein Vorschlag wäre, für die erste Fragerunde der Antragstellerin das Fragerecht zur Einleitung zu geben, dann nach der Größe der Fraktionen reihumzugehen und einer möglichen zweiten Fragerunde nach dem Eingang der Wortmeldungen vorzugehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann erteile ich für eine erste Fragerunde der Kollegin Blumenthal das Wort.

Es werden vermutlich viele Fragen kommen. Wenn jemand eine Person exakt für die Antwort ansprechen kann, dann bitte ich, das zu tun. Ansonsten können erst mal ruhig zwei, drei Fragen gestellt werden. Keine halbe Stunde, aber ein gewisses Portfolio schon. Dann gehen wir bei den Sachverständigen einmal reihum, die dann die Fragen beantworten. Wer persönlich angesprochen ist, kann in der Tiefe auf die Fragen eingehen. – Gut, ich sehe keinen Widerspruch. Bitte, Frau Blumenthal.

**Ina Blumenthal (SPD):** Vielen Dank, Kollege Biallas. – Ich starte mit einem Dankeschön an alle Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen. Ich beginne mit einer ersten Frage an Dr. Schmid von der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen. Inwieweit denken Sie, Dr. Schmid, dass die auch von Ihnen als sehr wichtig

betonte lokale Berichterstattung durch die lokalen Standorte erhalten und damit auch gestärkt werden kann?

Die nächste Frage geht an die Vertreterinnen und Vertreter des Verbands Lokaler Rundfunk. Da geht es uns vor allem darum, klarzumachen: Welche Förderungen brauchen Sie? Inwiefern kann damit sichergestellt werden, dass der Gewinn der VGen nicht steigt, sondern das Angebot vor allem gesichert wird?

Die dritte Frage richtet sich an den Kollegen Kah vom Deutschen Journalisten-Verband. Mir geht es vor allen Dingen um die Bedeutung für die Medienlandschaft, aber auch für die Demokratie hier in Nordrhein-Westfalen, wenn der Gesetzgeber den Lokalfunk nicht als weiter relevant ansieht.

**Andrea Stullich (CDU):** Auch von unserer Seite zunächst ein ganz, ganz herzliches Dankeschön an die Sachverständigen für ihre Expertise in den schriftlichen Stellungnahmen und auch heute. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Schmid. Wenn man Ihre und die Stellungnahme von Herrn Verbrugge liest, dann fällt auf, dass Sie eine umfassende Problembeschreibung vornehmen. Aber das Thema „Journalismus und lokale Berichterstattung“ kommt darin praktisch nicht vor. Warum?

Herr Peltzer, wir waren vor einigen Wochen mit dem Programmausschuss der Medienkommission in Wuppertal und haben uns dort das Modell angeschaut. Bei diesem Besuch haben Sie gesagt – ich darf Sie zitieren –: Das Wuppertaler Modell ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten und auch wirtschaftlich eine sehr gute und bislang stabile Lösung. Erlöse können wie geplant generiert werden. – Das haben Sie im August bei unserem Besuch gesagt. Nun ist in § 67 Landesmediengesetz festgelegt, dass jede Veranstaltergemeinschaft einen Chefredakteur oder eine Chefredakteurin mit der redaktionellen Leitung betraut. In Wuppertal gibt es aber derzeit in der Radio-WG vereinbarungsgemäß nur einen Chefredakteur für Radio Wuppertal und Radio Ennepe Ruhr gemeinsam. Das Modell „ein Chefredakteur für zwei Sender“ scheint in diesem Falle zu funktionieren. Ist also die Regelung im LMG noch zeitgemäß, oder geht sie möglicherweise inzwischen an den Realitäten vorbei?

Herr Kah, Sie formulieren in Ihrer Stellungnahme Schwächen des derzeitigen Konstruktes. So nennen Sie das. Unter anderem benennen Sie dafür die ehrenamtlichen Verantwortungsstrukturen der Sender. Ich war erstaunt, als ich Ihre Stellungnahme gelesen habe, denn Sie formulieren so deutlich wie kein anderer der heute eingeladenen. Alles, was jetzt folgt, sind Zitate aus Ihrer Stellungnahme: „Das Geschäftsmodell der vergangenen 30 Jahre ist so nicht mehr dauerhaft haltbar. Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ „Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, [...] ist der Lokalfunk in wenigen Jahren Geschichte.“ „Im besten Falle „erkauft“ der Strukturprozess dem Lokalfunk in NRW zwei bis drei Jahre Zeit um ein wirklich zukunftsfähiges Modell auf den Weg zu bringen.“ „Insbesondere eine Festlegung auf einzelne Rahmenbedingungen wie das Zweisäulenmodell würden wir zu vermeiden raten.“ Das waren alles Zitate aus der Stellungnahme des DJV. Um ehrlich zu sein, klingt das, als würden Sie den Lokalfunk zu Grabe tragen und das Zweisäulenmodell gleich mit. Ich kann mir allerdings beim besten Willen nicht vorstellen, dass ausgerechnet der DJV das will. Was ist also aus Ihrer Sicht die Alternative zum derzeitigen Reformprozess?

**Frank Jablonski (GRÜNE):** Eine ganz kurze Frage an Herrn Dr. Schmid zum Zeitpunkt dieser Anhörung: Wir befinden uns gerade in einem Strukturwandelprozess, in einem Strukturveränderungsprozess. Sind überhaupt valide Aussagen zur Struktur zum jetzigen Zeitpunkt möglich, oder wäre es sinnvoller, das in einem halben Jahr oder Jahr zu wiederholen?

**Ralf Witzel (FDP):** Zum einen möchte ich Sie bitten, uns aus Ihrer Sicht darzustellen, wie Sie die ökonomische Lage des lokalen Hörfunks aktuell und in den nächsten Jahren perspektivisch bewerten, mit den Erkenntnissen, die Sie aus Ihrem Bereich dazu haben. Wie brisant ist das Problem landesweit, was die zukünftige wirtschaftliche Aufstellung angeht? Ist das eher ein Phänomen einzelner Städte oder Landesteile, oder müssen sich viele Stationen damit landesweit zukünftig auseinandersetzen?

Das Zweite wäre meine Frage nach der Rolle des Gesetzgebers und damit den verbundenen Erwartungen auch an uns, gerade unter Berücksichtigung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts, was die Frage angeht, welche Gestaltungsoptionen von politischer Seite aus eröffnet sind.

Zum Dritten würde mich Ihre Bewertung zur kommerziellen Tätigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks interessieren, also auch der Wettbewerbssituation mit einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der konjunkturunabhängig mit 8,5 Milliarden Euro Beitragsgeld von der Politik durch Staatsverträge abgesichert ausgestattet wird und mit dem Sie letztlich in einem Markt in den Wettbewerb treten. Welchen Einfluss hat das hat den Lokalfunk?

Wenn Sie eine letzte Frage gestatten, dann wäre das die nach der Zukunft des Zwei-säulenmodells. Nach meinem Kenntnisstand ist das ein nordrhein-westfälisches Spezifikum und nicht der bundesweite Regelfall. Vor diesem Hintergrund muss ergebnisoffen auch über Optimierungspotenzial an der Stelle nachgedacht werden. Wie ist Ihre Meinung?

Ich habe viele Anknüpfungen für diese Fragen in der Stellungnahme bei Professor Ory gesehen, möchte aber ausdrücklich die gerade gestellten Fragen an alle richten und niemanden ausschließen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass auch Herr Dicks, Herr Kah und andere wie Professor Schmid sicherlich was zu diesen Fragen oder einem Teil der von mir gestellten Fragen sagen können. Deshalb will ich es nicht exklusiv limitieren.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Meine erste Frage geht an die Herren Peltzer und Dicks. Sie schreiben, dass 2024 noch mehr Sender rote Zahlen schreiben würden als jetzt. Dem Kreismediendienst war für 2015 zu entnehmen, dass damals schon ein Drittel aller Sender rote Zahlen schreiben würde. Was hat sich Ihrer Meinung nach seitdem geändert, dass es jetzt besonders beklagenswert ist?

Herr Dr. Schmid, die BLM Bayern hat im letzten Jahr 1,9 Millionen Euro Fördermittel für die technische Infrastruktur und 370.000 Euro für den technischen Betrieb ausgegeben. Wie sieht das in NRW für die letzten ein, zwei Jahre aus?

Herr Peltzer und Herr Dicks, Sie machen Reformbedarf aus. Nun kann Reformbedarf rein theoretisch eine kosmetische Operation, eher Veränderung, eher weniger sein oder die Disruption, die Reform an Haupt und Gliedern. Wie verstehen Sie die Reform, die nötig ist? Wenn Sie das auch in Bezug auf den Überlagerungs- und Systemvertrag beziehen können, wäre ich Ihnen dankbar.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Dann hätten wir eine erste Fragerunde. Vielen Dank. Ich habe herausgehört, Herr Dr. Schmid, dass Sie sehr beliebt in der Fragestellung beziehungsweise mit der Bitte der Antworten sind. Mehr weiß ich natürlich nicht. Allerdings hat der Kollege der FDP im Grunde genommen alle mit seiner Frage eingebunden. Insoweit würde ich in der Reihenfolge der Sachverständigen vorgehen, wie sie bei uns auf dem Tableau steht. Einige haben die an sich gestellten Fragen wahrgenommen. Ich bitte sehr, darauf dann konkret einzugehen. Da alle adressiert waren, würde ich zunächst Herrn Dr. Schmid aufrufen und dann in der Reihenfolge des Tableaus vorgehen. Dann wissen Sie ungefähr, wann Sie dran sind. Ich würde Sie bitten, dass Sie ein Zeitkontingent von ungefähr drei bis fünf Minuten berücksichtigen. Danach würden wir in eine weitere Fragerunde gehen. Das als Vorbereitung für die Fraktionen. Herr Dr. Schmid, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Dr. Tobias Schmid (Landesanstalt für Medien NRW):** Herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit. Angesichts der knappen Zeit belasse ich es bei den Höflichkeiten. Es gilt alles, was man sonst noch Höfliches sagen kann. Die Abgeordnete Blumenthal fragte danach, welche Bedeutung die lokalen Standorte haben. Das ist eine gute Frage. Die ist nicht ganz einfach zu beantworten. Man muss zur Kenntnis nehmen, die Strukturanalyse und die Zahlen ergeben, dass im Moment von 44 Stationen 13 bestätigt defizitär sind. Perspektivisch sind es eher 17. Das ist unser Sachstand. Wir nähern uns also knapp der Hälfte der Stationen, die wirtschaftlich in Schieflage sind. Daraus leitet sich die Frage ab: Kommt es wirklich auf den Standort im Sinne des Gebäudes an, oder kommt es eher darauf an, dass wir 44 Sender erhalten? Unser Ziel als Landesanstalt für Medien ist die Beibehaltung der lokalen Vielfalt. Ich finde, es spricht sehr vieles dafür, dass wir unter Demokratieabsicherungsgesichtspunkten die Möglichkeit von 44 Radiostationen in Nordrhein-Westfalen erhalten. Ich bin nicht so sicher, ob man dafür 44 Räumlichkeiten vorhalten muss und glaube, ehrlich gesagt, auch nicht, dass sich das wirtschaftlich perspektivisch darstellen lässt.

Die Abgeordnete Stullich hat gefragt, warum der Journalismus in diesen Strukturpapieren eine so untergeordnete Rolle spielt. Das ist einfach zu beantworten. Das ist das größte Kompliment, das der Strukturprozess dem Journalismus machen konnte. Denn der Strukturprozess befasst sich mit der Frage: Wo liegen die Probleme? Die journalistische Arbeit in den 44 Lokalstationen ist nicht das Problem. Die Qualität ist ungebrochen groß. Ich glaube, das bestreitet niemand. Deswegen hat sich der Strukturprozess mit den journalistischen Fragen nicht beschäftigt. An der Frage wird trotzdem etwas deutlich. Die journalistische Qualität alleine rettet das System nicht. – Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Ich hatte kürzlich eine Podiumsdiskussion mit einem Chefredakteur, der nicht zu Unrecht stolz darauf hinwies, dass es ihm gelungen sei,

seinen Marktanteil von 47 auf 49 % zu erhöhen. Das ist gut. Es sind aber nur noch 49 % von 55 %. Warum? Weil die Verbreitung von Radio über UKW nur noch etwa knapp die Hälfte der Bevölkerung erreicht. Das heißt, das eigentliche Problem ist nicht der Content, nicht die journalistische Qualität, sondern das eigentliche Problem ist, dass die Reichweite dieser Angebote so stark zurückgeht, dass unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eine Monetarisierung auf Dauer schwierig erscheint.

Das führt mich zu der Frage von Herrn Jablonski. Wäre eine Strukturaussage später möglich? Ich will das jetzt nicht zu schwarz malen, aber wenn wir noch ein Jahr warten, brauchen Sie keine mehr. Die Strukturanalyse hat deutlich ergeben, dass wir eine einigermaßen dramatische Situation im Lokalfunk haben, was die wirtschaftliche Struktur angeht. Noch mal, es geht nicht um die journalistische Qualität. Die ist unbestritten. Es geht auch nicht um die Frage, ob man das von 44 Orten oder in 44 Wellen machen sollte, sondern es geht um das eigentliche Problem. Das eigentliche Problem, so ergab die Strukturanalyse, besteht darin, dass das System an sich – also nicht die einzelnen Stationen – weder eine einheitliche Strategie noch einen einheitlichen Budgetierungsprozess, noch ein einheitliches Konzept zur Frage hat, wie man Synergien hebt. Es hat auch keine einheitliche Entscheidungsstruktur. Darin liegt das Problem. Ich würde dem System dringend empfehlen, dieses Problem unmittelbar zu lösen. Ich bin nicht sicher, ob eine Analyse sonst in einem Jahr noch besonders erfreulich wäre.

Damit komme ich zu den Fragen von Herrn Witzel. Ich habe eigentlich nur auf eine Frage eine Antwort, nämlich auf die Frage zur ökonomischen Lage. Die ökonomische Lage ist relativ eindeutig. Wir haben eine klare Linie, die einen Rückgang der Einnahmesituation und der Erlöse zeigt. Wir haben landesweit eine klare Linie, die sozusagen im Schnitt nach unten geht. Sie haben immer einzelne Stationen, die erfolgreich sind. Das ist so. Das System ist wahnsinnig uneinheitlich. Wir haben Verbreitungsgebiete, die so stark sind, dass sie gut durchkommen. Aber wenn Sie eine Linie durchziehen, und das ist ja ein auf Solidarprinzip ausgelegtes System, dann haben Sie eben die rücklaufende Reichweite von UKW – das ist so, wie es ist und betrifft alle – und gleichzeitig eine insgesamt rückläufige Einnahmesituation.

Die letzte Frage, die ich glaube, beantworten zu können, ist die nach der Förderung. Das stimmt. Die bayerischen Kollegen fördern die technische Verbreitung auch der lokalen und regionalen Radiostationen schon seit Längerem. In Nordrhein-Westfalen ist eine solche Förderung denkbar im Rahmen des nun anstehenden DAB+-Projektes. Im Moment ist geplant, DAB+ auch regional auszuschreiben. Für diese regionale Ausschreibung halten wir eine jedenfalls zeitlich beschränkte Förderung der Lokalstationen für sinnvoll, weil wir anders diesen Transfer in den zweiten Verbreitungsweg nicht schaffen. Deswegen freue ich mich darüber, dass dieser Ausschuss vorhin über die Frage entschieden hat, ob die Landesanstalt für Medien NRW die notwendigen Finanzmittel dafür bekommt. Das sieht ganz gut aus. Dazu muss man sagen, DAB+ ist vor allen Dingen eine Zusatzbelastung, weil das ein zweiter Verbreitungsweg ist. Der kostet erst mal nur Geld. Aber anhand der Zahlen, die ich Ihnen eben bei der UKW-Reichweite genannt habe, wird auch deutlich, dass ohne das Aufnehmen der DAB+-Verbreitung voraussichtlich der Reichweitenabfall so groß ist, dass das System alleine mit UKW nicht überlebt. Diesen Transfer finanziell zu stützen, macht Sinn. Ich gebe

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 40 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 8 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

aber auch zu, ich bin kein Freund davon, das dauerhaft zu machen, sondern sehe darin nur die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herr Dr. Schmid, herzlichen Dank. Als Nächsten bitte ich Herrn Professor Dr. Schwaderlapp, der uns per Video zugeschaltet ist, um seine Antworten. Schönen guten Tag.

**Prof. Dr. Werner Schwaderlapp (Medienkommission bei der Landesanstalt für Medien NRW [per Video zugeschaltet]):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Medienkommission der Landesanstalt für Medien hat sich seit Anfang 2021 sehr intensiv mit der Lage des Lokalfunks beschäftigt. Anlass war damals das vorübergehende Aus von Radio Ennepe Ruhr und eine Meldung, dass die Gespräche zwischen Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften über die wirtschaftliche Lage zunehmend schwieriger würden. Das Letztere hat sich noch verschärft, und der Lokalfunk ist in einer prekären Situation. Das sieht die Medienkommission mit großer Sorge. Umso mehr Sorge muss einem machen, dass es nicht nur eine prekäre Situation gibt, sondern dass eine akute Gefahr darin besteht, dass es zwar einen dringenden Handlungsbedarf gibt, aber die Handlungsfähigkeit des Systems sehr fraglich ist.

Dass die Handlungsfähigkeit des Systems fraglich ist, war Ausgangspunkt für die Strukturanalyse. In der Strukturanalyse haben beide Systemteile durch ihre Verbände bestimmte Kooperationsmöglichkeiten neu entwickelt. Diese neuen Kooperationsmöglichkeiten berücksichtigen zwei wesentliche Merkmale des Lokalfunksystems im Zweisäulensystem, nämlich, dass es privatwirtschaftlich finanziert ist und es stets einen Ausgleich geben muss zwischen dem privatwirtschaftlichen Interesse und der publizistischen Notwendigkeit und Ambition. Dazu gibt es den Entwurf von Überlagerungsverträgen. Leider werden die Überlagerungsverträge voraussichtlich nicht von allen unterschrieben. Das Zweite ist, dass im System ein Solidarprinzip hineingedacht, aber nicht hineinreguliert ist. Dieses Solidarprinzip ist erforderlich, damit man landesweit einheitlich agieren kann – sowohl in der Sendepflicht, als auch in der Werbeakquisition. Dazu sollte der Systemvertrag dienen. Wenn ich sage „sollte“, dann beinhaltet das die betrübliche Erkenntnis, dass nicht alle Beteiligten diesen Systemvertrag unterschreiben.

Zu Beginn des Prozesses der Diskussion zwischen Medienkommission und den 44 Veranstaltergemeinschaften und 44 Betriebsgesellschaften habe ich eher der Vermutung angehangen, dass das Solidarprinzip bei den Betriebsgesellschaften und den Servicegesellschaften dringend angemahnt werden müsse. Inzwischen sehe ich, dass es mindestens so dringend bei den Veranstaltergemeinschaften angemahnt werden muss. Aber niemand hat im Augenblick die Möglichkeit, das durchzusetzen. Deswegen müssen wir im Interesse des Lokalfunks fragen: Wenn das System selber nicht in der Lage ist, sich so zu organisieren, dass mindestens eine kurzfristige Überlebenschance prognostizierbar ist, was ist dann die Aufgabe der Landesanstalt für Medien? Das ist die zweite Stufe von möglichen Problemlösungen. Im Landesmediengesetz ist vorgesehen, dass notfalls die Landesanstalt für Medien den Zuschnitt der Sendegebiere neu



Landtag Nordrhein-Westfalen	- 41 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 9 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

überprüfen und neu definieren muss. Dazu hat der Direktor der Medienkommission den Vorschlag gemacht, ein Gutachten in Auftrag zu geben, was sowohl die ökonomische Dimension als auch die publizistische Dimension umfasst. Dieses Gutachten wird in Kürze beauftragt werden.

Ich weiß nicht, ob aus diesem Gutachten Problemlösungen hervorgehen können. Dann wäre erst die dritte Ebene gefragt, nämlich der Gesetzgeber, ob er Varianten am Lokalfunksystem und am Zweisäulensystem vorzunehmen hat. Wenn dort eine Variante zu diskutieren wäre, dann wäre es der Einbau des Solidarprinzips in die Regulatorik des Systems. Das würde die Handlungsfähigkeit, die derzeit nur eingeschränkt gegeben ist, jedenfalls herstellen. Ob sich am Ende der Markt so entwickelt, ob am Ende die Systembeteiligten so gute strategische Ansätze bei der Digitalisierung haben, dass das Lokalfunksystem überleben kann, wie es in der ursprünglichen Intention seines publizistischen Auftrages gedacht war, kann ich nicht garantieren. Aber ohne diese organisatorischen Voraussetzungen wird es schwierig bis unmöglich sein, das zu tun.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Schwaderlapp. Sie sind die Nächsten, Herr Peltzer und Herr Dicks. Sie können sich Ihre Zeit aufteilen in Kontingenten, wie Sie möchten. Bitte schön.

**Uwe Peltzer (Verband der Betriebsgesellschaften in NRW):** Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Gelegenheit. – Frau Stullich, Sie hatten gefragt nach Wuppertal und nach Ennepe Ruhr. Ich habe gesagt, es ist eine Win-win-Situation. Dabei würde ich auch heute bleiben. Wir haben uns als Betriebsgesellschaft entschlossen, einzusteigen und mitzumachen, nachdem Herr Kroemer und der Vorsitzende der Veranstaltergemeinschaften aus Ennepe Ruhr sich für eine Wohngemeinschaft entschieden hatten. Aufgrund dessen waren wir in der Lage, das in dieser Wohngemeinschaft so darzustellen, dass das wirtschaftlich zumindest tragfähig ist. Wir sind jetzt seit knapp zwölf Monaten auf Sendung und kurz vorm Jahresabschluss. Ich gehe davon aus, dass wir eine schwarze Null schreiben werden bei Radio Ennepe Ruhr. Das liegt natürlich auch daran, dass wir in Ennepe Ruhr mit dem Georg Rose einen Chefredakteur gefunden haben, der für beide Sender zuständig ist. Ich finde, dass sich das sehr bewährt hat. Es hätte in Wuppertal noch ganz andere Probleme gegeben, wenn wir in der Wohngemeinschaft auf einmal zwei Chefredakteurinnen oder Chefredakteure hätten, die unter Umständen gegenseitige Interessen vertreten hätten. Das ist nicht der Fall. Ich finde, das war eine sehr gute und sehr intelligente Lösung, die wir da gefunden haben und die die LfM lizenzmäßig begleitet hat, zumindest bis Mitte dieses Jahres. Ich finde, das hat sich sehr bewährt, und ich wäre sehr froh, wenn wir das in der Form fortsetzen könnten.

Dann kamen mehrere Fragen zur ökonomischen Situation. Einmal hat der Herr Witzel gefragt und einmal Herr Dr. Beucker. Ich versuche, das kurz und knapp zu machen. Mit Corona hat sich die wirtschaftliche Situation natürlich deutlich verschlechtert. Aufgrund verschiedener Auswirkungen danach hat sie sich bis heute aber nicht verbessert. Wir sind leider stabil bei den Umsätzen des Jahres 2020 geblieben. Dieses Jahr machen wir vielleicht eine halbe oder eine Million im Gesamtsystem mehr an Umsatz.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 42 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 10 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Aber die Kostenentwicklung ist entsprechend. Wirtschaftlich, und das haben Herr Dr. Schmid und Herr Professor Schwaderlapp schon dargestellt, sind wir in der schwierigen Situation. Erschwerend ist leider im Sommer dieses Jahres hinzugekommen – Herr Professor Schwaderlapp hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen –, dass wir in der MA ein ziemlich desaströses Ergebnis eingefahren haben, was überhaupt nicht zu erwarten war, weil wir uns an der EMA, also in der landesweiten Marktforschung, deutlich nach vorne bewegt haben. Ich hatte damit überhaupt nicht gerechnet, aber die MA sagt aus, dass wir in einem Jahr rund 23 % unserer vermarktbar Reichweite verloren haben. Ich behaupte ganz keck – lieber eine kecke Behauptung als eine schlappe Vermutung –: Dem ist nicht so. Wir haben nicht in einem Jahr ein Viertel unserer Hörer verloren. – Aber die MA weist das aus und sie ist leider die Basis für die Ausschüttung von Radio NRW oder für die nationalen Erlöse, die wir generieren. Das bedeutet, dass uns im nächsten Jahr noch mal 4 bis 5 Millionen Euro an Ausschüttung von Radio NRW an Umsätzen bei unseren 44 Lokalradios fehlen werden. Wenn man das ganz grob rechnet, werden jedem Sender nächstes Jahr 100.000 Euro aus der nationalen Vermarktung fehlen, was die Situation leider noch mal deutlich verschärft.

Mit dem Strategieprozess war ich der Auffassung, wir haben einen guten Schritt in die richtige Richtung getan, um mittelfristig stabil zu bleiben, auch wirtschaftlich stabil zu bleiben. Das hat der 12. Juli leider deutlich verändert. Die Situation ist noch anspruchsvoller geworden. Da möchte ich mich Professor Schwaderlapp anschließen. Es wäre sehr schön, wenn wir da Unterstützung erhalten würden. 80 % haben dem Überlagerungsvertrag der Veranstaltergemeinschaften zugestimmt. Alle Betriebsgesellschaften und Radio NRW haben dem Überlagerungsvertrag zugestimmt. Beim Systemvertrag ist eine große Mehrheit dafür, diesen zu unterschreiben - alle Betriebsgesellschaften, auch Radio NRW. Aber es hängt an Einzelnen und die Einzelnen halten aus meiner Sicht das ganze System auf und gefährden das ganze System. Teilweise geschieht dies aus Partikularinteressen, möchte ich behaupten. Wir wären sehr dankbar, wenn der Gesetzgeber im Zweifelsfall die Umsetzung des Kompromisses, den wir nach ziemlich genau 30 Monaten gefunden haben, unterstützen könnte.

Herr Dr. Beucker hatte angesprochen, ein Drittel der Sender sei defizitär. Wir haben vor Jahren eine Erhebung gemacht: Zwölf Sender haben es von Anbeginn nicht geschafft, kumuliert positive Ergebnisse zu schreiben. – Ich möchte noch mal darauf hinweisen, die haben wir alle durch die Zeit gerettet. Ennepe Ruhr ist vielleicht eine kleine Ausnahme, aber die haben wir hintenraus retten können. Ein Drittel war schon immer in einer schwierigen Situation und ist jetzt in einer besonders schwierigen Situation. Aufgrund der Situation, die ich eben mit der MA geschildert habe, wird sich die wirtschaftliche Situation mindestens für 2024 weiterhin als schwierig erweisen.

Reformbedarf, Zweisäulenmodell, Überlagerungsvertrag, Systemvertrag. Ich glaube, ich habe eben schon gesagt, wir wären da für Unterstützung dankbar.

**Carsten Dicks (Verband der Betriebsgesellschaften in NRW):** Eine kurze Ergänzung. Wir haben weitere regulatorische Wünsche geäußert, die in unserer Stellungnahme enthalten sind. Das bezieht sich auf die Unterstützung von DAB-Verbreitungskosten. Wir begrüßen, dass Sie mit dem heute im Ausschuss behandelten

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 43 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 11 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Gesetzentwurf einen Einstieg gefunden haben. Was aus unserer Sicht fehlt, ist ein Must-Carry für Lokalfunkangebote in regionalen DAB-Multiplexen. Wir haben uns zum Erhalt von UKW geäußert und hoffen da auf die Unterstützung des Gesetzgebers und zu weiteren regulatorischen Themen.

Herr Witzel hat nach der Bewertung der kommerziellen Tätigkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefragt und danach, welchen Einfluss das auf den Lokalfunk hat. Ich würde dazu gerne auf Herrn Professor Ory verweisen, der sich in der APR sehr ausführlich mit dem Verhältnis des privaten Rundfunks zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigt hat. Es gibt ein Wettbewerbsverhältnis im natürlichen publizistischen Bereich, aber eben auch im kommerziellen Bereich. Gerade wenn die kommerziellen Töchter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Plattformen vermarkten, dann, und das ist so vorgekommen, sehen wir hier eine Umgehung des Online-Werbeverbot, das im Medienstaatsvertrag gilt. Wir setzen uns weiterhin für ein starkes Onlinewerbeverbot ein. Es gibt ein Wettbewerbsverhältnis auch auf dem Werbemarkt. Dazu erlaube ich mir, auf unsere Stellungnahmen zu verweisen, die wir vor zwei, drei Jahren in diesem Ausschuss abgegeben haben, und zur Frage, inwiefern es Sinn macht, in eine zweite Werbereduzierungsstufe einzusteigen. Ich glaube, das waren im Wesentlichen alle Fragen, die uns gestellt wurden.

**Volkmar Kah (Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband NRW):** Frau Blumenthal, Sie hatten nach der Bedeutung des Lokalfunks für die Medienlandschaft gefragt. Das war eine hervorragende Idee, vor 30 Jahren den Lokalfunk aus der Taufe zu heben. Er war immer schon die zweite Stimme im Lokalen. Neben den Tageszeitungsverlagen, die es vor 30 Jahren noch sehr flächendeckend und teilweise mit zwei Redaktionen in einzelnen Städten gegeben hat, ist er heute noch wesentlich wichtiger als damals. Tatsächlich war der Rückzug aus der Fläche bei Tageszeitungsredaktionen in den letzten Jahren eminent. An vielen Standorten ist der lokale Rundfunk die einzige lokale professionelle Redaktion.

Insofern, liebe Frau Stullich, kann ich da anschließen. Wir sind große Freunde des Lokalfunks. Ich will alles andere als ihn zu Grabe tragen. Es muss darum gehen, ihn in die Zukunft zu bringen. Alle meine Vorredner haben klargemacht, wie ernst die Lage ist. Wir beobachten, wir begleiten diesen Strukturprozess und die vorhergehenden, also den Ad-hoc-Ausschuss der Medienkommission, seit mehreren Jahren. Herr Professor Schwaderlapp wird sich erinnern. Die Lage ist derartig ernst, dass man sich jetzt ehrlich machen muss. Man kann eben nicht noch ein halbes Jahr oder ein Jahr warten und sagen: Wir warten ab, was dabei rumkommt. – Der Auftraggeber, der Gesetzgeber, also der Landtag NRW, der vor 30 Jahren entschieden hat: „Wir wollen Lokalfunk ins Leben rufen“, muss sich jetzt einen Kopf machen: Was machen wir damit?

Ich bin ein großer Freund der Partizipation. Der lokale Rundfunk lebt im Wesentlichen davon. Das ist überall da gut, wo er in der örtlichen Gesellschaft verankert ist. Wir selbst entsenden als Deutscher Journalisten-Verband in das Zweisäulenmodell ehrenamtlich Vertreterinnen und Vertreter. Ich habe in dem Strukturprozess, der in den letzten anderthalb Jahren gelaufen ist – 30 Monate, das ist deutlich mehr als anderthalb Jahre, aber Sie haben am Ende recht, Herr Peltzer –, gesehen, wie schwierig es war,

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 44 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 12 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

die Herausforderungen, die gerade auch mit Blick auf Zukunft im System stecken, auf DAB+, auf neue Medienstrukturen etc. pp., in der Gänze zu durchblicken und professionelle Entscheidungen herbeizuführen.

Ich wünsche mir nicht weniger Partizipation. Wir müssen nur professionalisieren, und Sie müssen, wie Herr Dr. Schmid zu Beginn sagte, sich angucken, wie die Entscheidungsstrukturen in der Zukunft aussehen, um das System in die Zukunft zu führen. Aber zuallererst muss die Entscheidung stehen: Was wollen wir überhaupt erhalten? Die Ergebnisse des aktuellen Strukturprozesses waren aus Sicht der Beteiligten richtigerweise darauf ausgerichtet, Wirtschaftlichkeit zu erzeugen. Herr Peltzer hat das gerade klargemacht für Radio Wuppertal und Radio Ennepe Ruhr. Das ist eine Sondersituation. Gerade Ennepe Ruhr hatte, bevor es eine Wohngemeinschaft mit Herrn Kroemer hatte, eine Wohngemeinschaft mit Radio Hagen. Das heißt, die waren schon lange nicht mehr im Verbreitungsgebiet. Das hat klargemacht, es gibt Möglichkeiten, wirtschaftliche Synergien zu heben, die am Ende des Tages den Erhalt von redaktionellen Arbeitsplätzen und den Erhalt von Radiomarken ermöglichen. Ich wohne im Ennepe-Ruhr-Kreis. Das funktioniert deshalb, weil sich richtigerweise Radio Wuppertal gerade sehr solidarisch mit Radio Ennepe Ruhr zeigt und Mitarbeitende von Radio Wuppertal Programm im Ennepe-Ruhr-Kreis machen. Das sind aber Kolleginnen und Kollegen, die im Zweifel den Ennepe-Ruhr-Kreis gar nicht kannten und kennen. Das ist wirtschaftlich erfolgreich, aber weit weg von ganz klassischem Lokaljournalismus. Das gehört an der Stelle auch zur Wahrheit.

Das kann man machen. Wenn Sie als Landtag sich entscheiden, dass sich die demokratiethoretische Aufgabe von Lokalfunk: „Wir wollen lokaljournalistische Angebote flächendeckend in Nordrhein-Westfalen erhalten“ durch den Markt regelt oder aber anderweitig erfüllt wird, dann kann man diesen Weg weitergehen. Wir behaupten nur, wenn man diesen Weg rein über Synergien weitergeht, wird am Ende des Tages ein Regionalfunk überbleiben. Da bin ich auch durch die wirtschaftlichen Zahlen alarmiert. Die gelten ja nicht nur für den Lokalfunk. Ich war gestern bei RTL. Dann wird am Ende des Tages dieser Strukturprozess dem Lokalfunk ... Ich habe von zwei, drei Jahren geschrieben. Herr Schmid sagte gerade, in einem Jahr müssen wir nicht mehr darüber reden. Ich hoffe, dass ich recht behalte. Dann werden wir in zwei, drei Jahren dieses System nicht mehr haben. Deswegen finde ich es gut und richtig und bin dankbar, dass die Debatte jetzt den Landtag erreicht. Sie müssen sich jetzt Gedanken machen: Was wollen wir?

**Thorsten Kabitz (Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk):** Meine Damen und Herren! Vielen Dank für Ihr Interesse am Lokalfunk. Trotz aller Problembeschreibung ist das immer noch das erfolgreichste Radioaudioangebot im Land über alle 44 Verbreitungsgebiete, aber zunehmend mit der Problematik, diese zu kommerzialisieren und damit das Geld zu verdienen, das wir benötigen, um die Arbeit, den Journalismus und die Arbeit der Lokalstationen, mit denen wir zur Vielfalt, Demokratisierung und Sicherheit in den Kommunen und Kreisen auf die vielfältigen Aufgaben des Lokalfunks bezogen beitragen, für die Zukunft gewährleisten können.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 45 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 13 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Die ökonomische Lage wird tatsächlich selbst in bestimmten Gebieten schwierig. Wir wissen aus der Vergangenheit, Reichweite, Hörerzahlen und kommerzieller Erfolg gehen nicht zwingend miteinander einher. Es gibt oder gab in der Vergangenheit sehr gut laufende Stationen aufgrund ihrer Größe, ihrer Position im Land – Metropolstädte und andere –, die vielleicht stärker am Werbeaufkommen partizipiert haben als eher ländliche Regionen, wo man sich in der Vergangenheit schwerer tat. Aber selbst in den Regionen und Städten wie dieser hier spüren wir den Druck.

Wovon lebt Lokalfunk? Abgesehen von der bundesweiten Vermarktung lebt Lokalfunk auch vom lokalen Autohändler, vom Shoppingcenter um die Ecke, vom stationären Einzelhandel. Das muss ich Ihnen nicht erzählen. Sie wissen aus Ihren Wahlkreisen, Heimatstädten und Kommunen sehr gut, wie es da bestellt ist. Mit jedem Möbelhaus, das schließt, mit jedem Einkaufszentrum, das schließt, fällt auch ein Lokalradiokunde weg. Der Druck an dieser Stelle wird zunehmend größer, selbst in den bislang gut laufenden Gebieten noch die entsprechenden Einnahmen und Umsätze zu erzielen, die manchmal auch dazu dienen, die etwas Schwächeren im Solidarverbund mitzuziehen.

Auf der anderen Seite oder gleichzeitig stehen die Verlage, die Medienhäuser, die mehrheitlich die Anteile an den Betriebsgesellschaften halten und genug andere Baustellen haben. Man darf vielleicht auch sagen, hie und da war dort auch in den vergangenen Jahren der Lokalfunk, ich will nicht sagen die Cashcow, aber zumindest ein gut laufendes Geschäftsmodell, was manchen weggebrochen Printabonnenten aufgefangen hat. Auch da wird der Druck jetzt größer, wenn im Lokalfunk die Umsätze und Renditen nicht mehr so sind, wie man es in der Vergangenheit gewöhnt war.

Ich glaube, ich habe mir sämtliche berufliche Chancen beim WDR verbaut, als ich vor einigen Jahren sehr vehement für eine Werbezeitenreglementierung beim WDR gesprochen habe. Liebe Grüße, falls jemand in Köln zuschaut. Das will ich heute nicht noch mal tun. Spaß beiseite. Aus unserer Sicht ist immer noch ein Thema, was da insbesondere abseits der klassischen Werbeblöcke passiert. Der Bezug ist einfach. Wir merken es heute noch mehr. Wir haben es nicht mehr nur – in Führungszeichen – im Radiowerbemarkt mit dem WDR zu tun, sondern über DAB+, über die zweite Kette, auch mit hinzugekommenen Mitbewerbern. Das heißt, es sind noch mehr da, die sich um einen zunehmend kleiner werdenden Werbekuchen ranken, weil sich schon vieles Richtung Online etc. verschoben hat. Insofern bekommt das Thema noch mal eine Relevanz, wenn im Bereich der privaten Anbieter diejenigen, die um die schmaler werdende Werbekundschaft buhlen, weniger werden. Auch das belastet die wirtschaftliche Situation.

Ein bisschen ist es bei diesen Anhörungen zum Lokalfunk wie im Radio. Man kann die besten Stellungnahmen der 80er, 90er und von heute hier und da noch mal rausholen. Es ist gut, über diesen Antrag zu diskutieren. Meine Position war damals, die Gesetzgebenden im Land sollten sich klarmachen, ob dieses Zweisäulenmodell mit all seinen Besonderheiten weiterhin so gewollt ist. Wir haben mittlerweile, wenn Sie so wollen, ein Zweisendersystem, ein Zweiartensystem von Privatfunk. Auf der einen Seite den Lokalfunk mit seinen sehr hohen Standards und Anforderungen an das, was der Gesetzgeber ihm als Programmauftrag aufgibt, mit den Strukturen dahinter, Bürgerfunk

usw. usf. Auf der anderen Seite stehen die, sage ich mal hier und da vereinfacht gesagt, etwas locker regulierten sonstigen Medienanbieter. Privatfunk ist an der Stelle nicht gleich Privatfunk. Möchte das Land, möchten Sie den Lokalfunk so, wie er jetzt ist und wie er Vielfalt im Land sichert, erhalten? Dann sollten Sie die nötigen Ableitungen daraus treffen.

Zur Zukunft des Zweisäulenmodells ist jetzt ein guter Zeitpunkt zu diskutieren. Ich kann und will diese Frage heute nicht abschließend beantworten, aber sagen, dass ich glaube, da ist noch was offen aus diesem sogenannten, eben mehrfach erwähnten Strukturprozess, in dem man sich viel mit der Fragestellung beschäftigt hat, wie man die Wirtschaftlichkeit des Systems verbessern und an Rädchen und Schraubchen drehen kann. Ich weiß nicht, ob wir die Struktur des Lokalfunks sowohl systemintern – ich glaube, manches lässt sich da auch intern regeln – aber auch aus Sicht der Medienpolitik als Auftakt nehmen sollten, um in genau diese Strukturfrage gemeinsam einzusteigen.

**Thomas Kroemer (Verband Lokaler Rundfunk in NRW):** Ich wollte was zum Thema „Förderung“ sagen. Welche Förderung brauchen wir? Wenn es gut gegangen wäre, bräuchten wir keine. Eigentlich ist das Zweisäulenmodell darauf abgestellt, dass es staatsfern ist und die beiden Säulen so miteinander kooperieren sollten oder müssen, dass sie nicht auf Hilfe von außen angewiesen sind.

Dass dieses Modell in die Krise gekommen ist, haben wir schon bei meinen Vorrednern mehrfach gehört. Das ist leider so. Als Herr Dr. Schmid vor zwei Jahren diesen Prozess initiiert hat, war ich sehr froh. Das war sozusagen sein erstes Votum. Die Diskussionen oder Beratungen um das Strukturmodell oder die Strukturprozesse finden auf der Ebene des Zweisäulenmodells statt. Daran ist nicht zu rütteln. Dieses Modell muss optimiert werden, damit es überlebensfähig ist. So habe ich einen Strukturprozess immer verstanden und ihn für den Vorstand des VLR immer positiv mitverfolgt.

Jetzt ziehe ich den VLR-Hut ab und setze den Radio-Wuppertal-Hut auf. Schon bevor dieser Strukturprozess begann, waren wir in Gesprächen mit der BG, um eine Kooperation mit Ennepe Ruhr aufzulegen. Der Kollege Dziadek, Vorsitzender der VG Ennepe Ruhr, hatte seine sehr große Not auf der Mitgliederversammlung zum Ausdruck gebracht. Ende 2022 wären da die Lichter oder besser gesagt die Mikrofone ausgegangen, wenn wir diese Kooperation nicht aufgelegt hätten. Diese Kooperation ist nur möglich geworden unter den Bedingungen des Strukturprozesses. Das muss man ganz deutlich sehen. Das ist das erste Modell und die erste Konsequenz aus diesem Prozess, dass das möglich ist. Stichwort „Chefredakteur“, Frau Stullich. Das war bisher sozusagen streng verboten, dass ein Chefredakteur zwei Redaktionen leitet. Das hat sich bei uns außerordentlich gut bewährt. Herr Peltzer, Sie haben das eben gesagt. Es gäbe viel zu viele Reibungsverluste zwischen zwei Chefredakteuren. So kann der eine das managen. Das ist das eine.

Das andere ist, das ist ein Stufenmodell. Ich finde das Stufenmodell nicht ganz unklug, das wir aufgelegt haben. Wenn das Erfolg hat, werden wir irgendwann wieder in den Status kommen, dass Ennepe Ruhr einen eigenen Chefredakteur hat und die Anzahl der Mitarbeitenden hochgestuft wird. Wir sind bei Ennepe Ruhr mit drei Leuten. Aber

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 47 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 15 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

immerhin. Ohne die Kooperation wären die arbeitslos geworden. Von daher ist das für mich ein Erfolgsmodell, was mich sehr glücklich macht. Was übrigens auch zeigt, dass das mit den beiden Säulen nur klappen kann – aber es klappt eben auch –, wenn die beiden kooperieren. Mein erstes Telefonat nach dem Notruf von Herrn Dziadek war mit Herrn Peltzer: Wie kriegen wir das hin? – Wir haben das gemeinsam hingekriegt. Das kann nicht eine Säule machen, sondern es muss in Kooperation beider Säulen klappen, wenn der Wille da ist. Das war natürlich von uns aus – die Idee kommt aus Wuppertal – nicht nur Altruismus nach dem Motto: Wir müssen unseren Nachbarn helfen. – Das war es auch, das ist klar. Ennepe Ruhr ist zum Osten hin der direkte Nachbar.

Für uns war es auch eine Form der Standortsicherung. Es ist klar, wir haben jetzt ein Funkhaus mit zwei Redaktionen. Das hat eine höhere Stabilität als ein Funkhaus mit nur einer Redaktion. Vorsicht, das Modell ist nicht in dem Sinne übertragbar. Dazu sind die Strukturen landauf, landab viel zu disparat. Man kann nicht sagen: Was die da machen, machen wir jetzt flächendeckend. – Das geht nicht. Man muss sehr genau hingucken, wo was für Kooperationen möglich sind. Ich plädiere sehr für Kooperation. Das ist eine unserer Zukunftschancen. Die werden aber dann auch anders aussehen.

Was IAKM über die Mitarbeitenden gesagt was, verstehe ich nicht so ganz. Ein guter Reporter arbeitet für die eine wie für die andere Redaktion. Das klappt gut. Wir haben drei Festangestellte dort und bei uns die übliche Menge. Wenn es schon mal dazu kommt, dass es einen Austausch gibt, indem einer von uns dort arbeitet und umgekehrt, hilft das der Arbeit und qualifiziert sie. Der Fachkräftemangel ist eben auch dort sehr zu spüren. Aber auch an der Stelle ist dieses Kooperationsmodell eine Hilfestellung, damit umzugehen.

Zur ökonomischen Lage muss ich nichts sagen. Es ist, glaube ich, schon deutlich geworden, wie die ist. Noch einmal unterstreichen möchte ich – das haben Sie, Herr Peltzer, gesagt – die Zahlen der MA sind desaströs. Ich habe in den letzten Wochen ein paar Mal gesagt, die Folgen dieses Rückgangs werden uns links und rechts von der Strukturanalyse überholen. Da könnte sehr viel Schlimmeres drinstecken als das Schlimme des Überlagerungsvertrages. Herr Peltzer glaubt, dass die Zahlen nicht stimmen. Ich bin nicht für Glaubensfragen zuständig, aber das schauen wir mal. Wenn es besser kommt, dann ist es gut. Aber, fürchte ich, es liegt ein schwieriges 2024/2025 vor uns.

Jetzt setze ich den Hut „Wuppertal“ wieder ab und den Hut „VLR“ auf. Ich bin seit sechs Wochen Vorsitzender. In den letzten Wochen habe ich manchmal den Eindruck, dass man dem VLR den Schwarzen Peter zuschiebt nach dem Motto: Jetzt bekehrt doch mal die, die noch nicht bekehrt sind. – Ich hätte beinahe salopp gesagt, das ist dummes Zeug. Wir haben kein Mandat, andere zu überzeugen, außer der Kraft des Wortes, und das haben wir in den letzten zwei Jahren nach Kräften angewandt. Wir haben eine unendliche Zahl von Foren und Mitgliederversammlungen veranstaltet und, und, und, um die Veranstaltergemeinschaften zu informieren und sie an Deck zu holen. Das ist jetzt deren Entscheidung, es zu tun oder zu lassen. In den letzten Wochen kam noch mal eine Verbesserung, was die EBIT-Quote betrifft. Die haben wir weitergegeben. Ob das wirkt, weiß ich nicht. Ich hoffe, dass es wirkt. Man muss damit umgehen, dass es

einige Verbreitungsgebiete gibt, die das anders sehen. In unserer Stellungnahme ist durchaus enthalten, warum das so ist. Ich habe gar nicht die Absicht, die jetzt unter Kritik zu stellen. Die haben durchaus sehr unterschiedliche Gründe, dazu Nein zu sagen. Zwischen der FUNKE Mediengruppe und der ams gibt es riesige Unterschiede, warum auf beiden Seiten Veranstaltergemeinschaften sagen, das machen wir nicht mit.

Noch ein Wort zum WDR. Weil das so schön ist, komme ich zu dem Thema zurück, welche Förderungen wir brauchen. Ich erinnere mich an die letzte Novelle des Landesmediengesetzes. Da war ich noch nicht im VLR-Vorstand. Da haben meine Kollegen von Radio Wuppertal und noch einige andere, hätte ich beinahe gesagt, einen Canossagang zum Thema „Werbezeit des WDR“ durchs Haus gemacht. Das finden wir nach wie vor eine Ungleichgewichtung. Es ist einfach eine Form von Ungerechtigkeit gegenüber dem Lokalfunk, dass der WDR die Töpfe seiner Steuereinnahmen hat, wenn ich die so bezeichnen darf, und Werbeeinnahmen. Die Werbeeinnahmen sind unsere einzige Quelle, von der wir leben.

Schlusssatz: UKW nicht abschalten. Das war in Bayern ein Thema und kommt in unserer Stellungnahme und auch kurz in der Stellungnahme des BGV vor. Wenn Sie heute den UKW abschalten, ist der Lokalfunk morgen tot. Das ist kein antidigitales Votum. Wir brauchen mehr Digitalität. Das ist überhaupt keine Frage. UKW ist nach wie vor unsere Geschäftsgrundlage. Dort generiert sich die Werbung und in anderen Bereichen noch nicht.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herzlichen Dank, Herr Kroemer. Dann hat jetzt als Letzter in der Runde Herr Professor Ory das Wort. Die Fraktionen sollten sich bereithalten, die Hände zu heben, wenn sie eine zweite Fragerunde möchten. Herr Professor Dr. Ory, bitte schön.

**Prof. Dr. Stephan Ory (Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk, die APR, vertritt im Wesentlichen das Privatrado in Deutschland. Beide Säulen – verbandsvertreten – des Lokalfunks in NRW, gehören uns an.

Wenn man, und das ist meine Aufgabe heute, von außen darauf guckt, dann ist das bundesweit so: Wenn man vom Lokalfunk NRW im Gegensatz etwa zum Lokalfunk Bayern oder Lokalfunk Baden-Württemberg redet, schwingt sofort das Zweisäulenmodell mit. Es ist bekannt, dass das eine besondere Art der Vielfaltssicherung ist. Man weiß, das ist ein Unikat. Ich sehe im Prinzip niemanden, der das ganz grundsätzlich in Frage stellt. Man redet über Optimierung. Ich sage das deshalb vorweg, weil die Frage nicht nur im Subtext an mich herangetragen wurde.

Die ökonomischen Schwierigkeiten will ich nicht noch einmal ausbreiten. Das haben Sie von denjenigen, die die Zahlen im System kennen, gehört. Ich habe in der schriftlichen Stellungnahme versucht, anhand von fünf Feldern herauszuarbeiten, was das theoretisch an Folgen haben könnte – von weißen Flecken bis zu anderem – und habe das bewusst abstrakt nebeneinander geschrieben. Jede dieser denkbaren



Konsequenzen hat Auswirkungen auf die Vielfalt in den Verbreitungsgebieten und damit in NRW zur Folge. Vielfaltsicherung ist Aufgabe des Gesetzgebers.

Ich habe mir erlaubt, in der Stellungnahme mein Lieblingszitat aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Landesmediengesetz, Landesrundfunkgesetz und zum WDR-Gesetz aus dem Jahr 1991, also ganz zu Beginn, herauszukramen:

„Sollte sich im Laufe der Zeit erweisen, dass lokaler Rundfunk unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen nicht funktionieren oder wirtschaftlich aufrechterhalten werden kann, so wäre der Gesetzgeber insoweit zu einer Nachbesserung des Landes Rundfunkgesetzes verpflichtet.“

Also hätte er nicht nur das Recht, etwas zu ändern, sondern er wäre auch verpflichtet mit dem Ziel, das wirtschaftlich tragfähig zu machen. Mein Petitum ist, Regelungen im Gesetz zu machen. Die fünf Positionen, die ich als theoretische Möglichkeiten genannt habe, lesen Sie bitte nicht so, als sei das in der Reihenfolge eine Empfehlung. Ich weiß nur, wir sitzen nicht mit einem weißen Blatt vor uns, um mit einem Lokalradiosystem anzufangen. Das würden wir unter den heutigen Bedingungen vielleicht ganz anders machen als es damals gemacht wurde. Das weiß ich nicht. Wir haben ein gewachsenes System, dem man helfen muss, sich weiterzuentwickeln, auch wenn da einiges möglicherweise an Liebgewonnenem in den Strukturen untergeht oder verbessert wird oder jedenfalls anders aussieht.

Zum Thema „digitales Radio, DAB“ will ich nur eines sagen: Die Vorstellung, dass mit der finanziellen Förderung der DAB-Verbreitung das System gestärkt wird, ist deshalb falsch, und das ist die Erkenntnis bundesweit, weil der Simulcast, also die parallele Verbreitung über zwei technische Systeme, über eine längere Zeit zusätzliche Kosten bedeutet. Diese Zusatzkosten werden abgefangen. Es fließt also nicht Geld in das System hinein, wo es im Moment ganz offensichtlich fehlt.

Meine persönliche Sympathie, muss ich sagen, liegt darin, der Medienanstalt weitere Instrumente an die Hand zu geben, um das zu schaffen, was fehlt. Herr Schwaderlapp hat es, glaube ich, sehr eindringlich gesagt. Das ist, Einigkeit und Einheitlichkeit in bestimmten Positionen mitzugeben, wo es notwendig ist, um etwa in der nationalen Werbevermarktung, die ein ganz wesentlicher Teil ist ... Wir haben gehört, die Zahl der Autohäuser und Geschäfte in den Innenstädten ist rückläufig. Also ist das andere umso wichtiger. Dort muss man einheitlich auftreten. Möglicherweise reicht es nicht aus, dass man das zivilrechtlich unter den Beteiligten klärt. Das ist jetzt der Versuch. Zivilrecht bedeutet immer, es müssen alle mitmachen.

Vielleicht gibt es die Möglichkeit, zusätzliche Instrumente zu schaffen, die derzeit nicht im Gesetz vorgesehen sind, sodass man auf lizenzrechtlicher Ebene, also durch Nebenbestimmungen von Bescheiden zu Hochdeutsch, Dinge hineinschreibt, die das System insgesamt stabilisieren. Ich traue der Medienanstalt die Marktkennntnis, aber auch die Empathie zu, wenn Sie so wollen das Fingerspitzengefühl, das zu machen.

Wichtig ist, dass das, was ich vortrage – auch die Schwierigkeiten, von denen wir gehört haben –, nichts ist, was nur Nordrhein-Westfalen, nur den Lokalfunk hier betrifft. Das ist bundesweit einheitlich. Das hat auch damit zu tun, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk macht. Wir hatten das in der letzten Anhörung: Content in Form von

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 50 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 18 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Podcasts etwa an Spotify zu geben und die machen damit ein – in Anführungszeichen – Radioprogramm. Die Hörer, von denen Herr Peltzer glaubt, dass sie noch irgendwo da sind, sind vielleicht in einem Stream bei Spotify in ganz anderen ökonomischen Modellen.

Das Stichwort heißt „Level Playing Field“. Wenn ich mir etwa Diskussionen um Social Spots angucke: „Gehen die? Geht Werbung, die etwa die Bundesregierung macht, zu bestimmten informierenden Themen? Wie weit geht das?“ oder zum Beispiel zum Lebensmittelwerbegesetz auf Bundesebene die Diskussion angucke, stelle ich fest, dass für den regulierten privaten Rundfunk deutlich Schärferes gilt bei der Betätigung im ökonomischen Bereich als für Telemedien, für die internationalen Plattformen, die das ganz natürlich machen, als die Spotifys, die Tunelns, die Pre-Streams, Pre-Rolls, also Werbung dem eigentlichen Angebot vorschalten. Gucken Sie sich YouTube an. Dort findet das statt, und dort bestehen mehr ökonomische Betätigungsfelder als in dem klassischen Bereich, über dessen Notlage wir heute reden.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende der ersten Runde. Ich frage noch mal: Sind Fragen nicht beantwortet worden? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob noch Bedarf an einer zweiten Runde besteht. Das wurde schon angezeigt. – Jawohl. Gäbe es auch noch Bedarf an einer dritten Runde?

(Zuruf: Bestimmt!)

– Bestimmt. Okay, dann gehen wir jetzt ähnlich vor. Ich habe bisher Wortmeldungen von den Kollegen Vogt, Stullich und Dr. Beucker. In dieser Reihenfolge. Bitte, Kollege Vogt.

**Alexander Vogt (SPD):** Vielen Dank für die bisherigen Informationen. Ich habe noch drei kurze Fragen. Die erste bezieht sich auf das Thema, und ich glaube, da waren sich alle ziemlich einig, dass Lokaljournalismus eine Sache ist, auf die man sich einigen kann, dass sie demokratierelevant und für das gesellschaftliche Leben sinnvoll ist und dass Lokaljournalismus aufrechterhalten werden soll.

Ich hätte gerne von Herrn Kabitz und Herrn Kah eine Einschätzung. Es wird immer darüber gesprochen, inwieweit Reduktionen, Kooperationen, Zusammenlegungen stattfinden können. Wir hatten das Thema mit einem Chefredakteur für zwei Verbreitungsgebiete. Wie muss aus Ihrer Sicht eine Mindestredaktion aufgestellt sein, um in einem Verbreitungsgebiet auch Lokaljournalismus mit seiner gesamten Kontrollfunktion stattfinden zu lassen?

Wir haben 2016 sehr häufig zusammengesessen. Herr Dicks war damals noch nicht dabei beziehungsweise nicht in dieser Funktion. Da saß der heutige Ministerpräsident als Vertreter der Betriebsgesellschaften. Wir hatten darüber diskutiert, inwieweit der WDR statt drei werbetragender Programme nur noch zwei haben sollte oder ab 2018 nur noch eine. So war damals die Beschlusslage. Das war sozusagen die Hauptforderung, die an uns als Regierungsfraktion damals herangetragen wurde, also

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 51 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 19 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Werbezeiten beim WDR zu reduzieren, um den Lokalfunk zu stärken. Es gab sehr große Diskussionen, die wir auch mit dem WDR führen durften.

Herr Peltzer, ist das noch ein Thema? Die schwarz-gelbe Landesregierung unter Herrn Laschet hat es dann zurückgedreht und die zweite Stufe der Werbereduzierung ausgesetzt. Muss man jetzt darüber sprechen, oder hat sich das so abgespielt, dass der Werbedruck insgesamt es notwendig macht, dass der WDR die zwei werbetragenden Wellen hat? Die Einschätzung würde mich interessieren, weil die Diskussion damals nicht in die Richtung ging: „Wir müssen Personal einsparen und Kooperationen zwischen einzelnen Verbreitungsgebieten haben“, sondern es ging darum, wie man die Einnahmesituation insgesamt verbessern kann.

Die dritte Frage ist allgemein. Wenn wir die Diskussion innerhalb des Systems sehen: „Sind die Veranstaltergemeinschaften zu unflexibel? Kann ein Chefredakteur zwei Redaktionsgebiete machen?“, dann sind das alles Punkte innerhalb des Systems. Gibt es weitere Anforderungen oder Ideen Ihrerseits, die an uns als Politik gerichtet werden? Wenn wir sehen, dass die Verleger beim Thema „Zeitungszustellung“ permanent die Forderung nach einer Zustellförderung erheben, wäre das auch eine Subventionierung. Herr Ory sagte gerade, dass die DAB-Förderung letztendlich nicht dem Lokalfunksystem an sich zugutekommt, sondern nur Kosten abdeckt, die durch die Doppelbelegung von zwei Verbreitungswegen notwendig sind. Deshalb würde mich interessieren: Gibt es in diesem gesamten Strukturprozess, der jetzt diskutiert wird, Ihrerseits weitere Forderungen an Politik für Rahmenbedingungen, die von außen gesetzt werden und nicht nur innerhalb des Systems gelöst werden können? Hat Gesellschaft oder Politik dafür zu sorgen, notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn man lokalen Journalismus haben möchte?

**Andrea Stullich (CDU):** Ich habe eine Anschlussfrage an Herrn Dr. Schmid. Der Überlagerungsvertrag, von dem heute schon mehrfach die Rede war, legt unter anderem Content-Kosten, Gewinnerwartungen und die Anzahl lokaler Sendestunden fest. Ich höre aus dem System, dass gerade die Festlegung einer Obergrenze für lokale Sendestunden kritisiert wird und Tarifierhöhungen nicht abgebildet würden. Sie selbst sagen, der Überlagerungsvertrag würde ein geordnetes Verfahren gestalten. Das klingt für mich ziemlich widersprüchlich. Können Sie diese Widersprüche möglicherweise auflösen?

Meine zweite Frage geht an den VLR, an Herrn Kroemer. Ich habe eben schon erzählt, als wir in Wuppertal zu Gast waren, haben Sie vor Ort gesagt: Hier ist ein Gemeinschaftsprojekt entstanden, auf das wir alle wirklich stolz sind. – Das waren vor Ort Ihre Worte. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme:

„..., dass es im Lokalfunk Beispiele für erfolgreiche Kooperationsmodelle und (Programm-)Austausch zwischen Sendern gibt, die von den Beteiligten, beispielsweise im Bereich Radio Herford/Radio Westfalica oder Radio Wuppertal/Radio Ennepe Ruhr nach einer Erprobungsphase klar befürwortet und inzwischen als Schlüsselement für den eigenen Erfolg bewertet werden, ohne dass in einer veränderten Struktur die jeweilige Identität, Lokalität oder Programmqualität verloren geht.“

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 52 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 20 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Diese Feststellungen, Herr Kroemer, stehen für mich wirklich in einem krassen Widerspruch zum SPD-Antrag, über den wir beraten. In dem wird nämlich gefordert, die Landesregierung solle sicherstellen:

„dass auch in Zukunft in allen 44 Verbreitungsgebieten eigene Redaktionen vorhanden sind. Nur dies sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit den lokalen Nachrichten versorgt werden und auch etwa im Katastrophenfall [...] von der konkreten Lage vor Ort“

berichtet wird. Wie bewerten Sie, Herr Kroemer, die Notwendigkeit, in allen Verbreitungsgebieten eigene Redaktionen vorzuhalten vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Erfahrungen mit der Radio-WG in Wuppertal?

Herr Kabitz und Herr Fritz vom vdc, in Ihrem Antrag schreibt die SPD:

„Das Zweisäulenmodell aus Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften hat sich bewährt.“

Aus den heutigen und den schriftlichen Stellungnahmen bekomme ich ehrlicherweise den Eindruck, die Betonung liegt auf: „Es hat sich bewährt“, nämlich in der Vergangenheit und ist offensichtlich so nicht mehr zukunftsfähig. Auch der vdc schreibt in seiner Stellungnahme, die Reformbedürftigkeit sei unbestritten. Die Zweisäulenstrukturen müssten professionalisiert werden, und die Rolle der Chefredakteure innerhalb der VG-Säule müsste perspektivisch gestärkt werden. Der vdc stellt die Fragen:

„Wie müsste das Zweisäulenmodell ausgestaltet sein, wenn man den Lokalfunk im Umfeld des Jahres 2023 neu erfinden würde?“

Und:

„Sind die derzeitigen Systemstrukturen ernsthaft und konsequent in allen Facetten hinterfragt worden?“

Das schreiben Sie für den vdc in Ihrer Stellungnahme. Das klingt alles nicht nach Bewahren, sondern danach, das Zweisäulenmodell tatsächlich reformieren zu müssen. Wie würde es der vdc reformieren wollen, vor allem was die Rolle der Chefredakteure betrifft?

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herzlichen Dank. Haben Sie jetzt noch ein oder zwei Fragen oder möglicherweise weitere Fragen, die sich aus die Antwortrunde ergeben?

(Andrea Stullich [CDU]: Abwarten!)

– Okay, warten wir ab. – Dann hat jetzt Herr Dr. Beucker seitens der AfD das Frage-recht. Bitte schön.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Meine erste Frage geht an die Herrn Peltzer und Dicks. Herr Kroemer kann vielleicht auch was dazu sagen. In Ostwestfalen-Lippe gibt es sechs erfolgreiche Anbieter. Mich interessiert, ob es Gemeinsamkeiten, gemeinsame Gründe für den Erfolg gibt, etwa ein Konzept, oder ob der Erfolg, soweit Sie das wissen, an eher externen Gründen liegt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 53 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 21 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Für die zweite Frage würde ich noch Herrn Dr. Schmid dazunehmen. Wenn der WDR Frequenzen abgeben würde, meinen Sie, dass das nützen könnte?

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Wenn ich das richtig überblickt habe, haben wir zumindest eine Frage, die an alle gerichtet war. Insoweit würde ich das Tableau jetzt von unten nach oben durchgehen. Sehr viele Einzelfragen waren an die Sachverständigen Kabitz, Kah, Peltzer, Schmid, Kroemer und Fritz gerichtet. Aber die haben Sie sich ja notiert. Wir fangen mit Herrn Professor Dr. Ory an. Bitte schön.

**Prof. Dr. Stephan Ory (Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk):** Ich glaube, es war ganz viel innerhalb des Systems gefragt. Herr Vogt hatte Werbezeitreduzierung und Förderung angesprochen. Werbezeitreduzierung und vor allem online das Freihalten von Werbung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist ein ganz wesentliches Thema. Das gilt auch für das, was vorhin schon kurz angesprochen war, nämlich die Vermarktung von eigenem Content. Damit meine ich auch den von der Werbetochter erstellten Content auf Drittplattformen. Podcast-Vermarktung als Beispiel. Das sind Dinge, an die man ein deutliches Fragezeichen machen muss. Auch die Frage, ob der WDR im Bereich von Events über Töchter unterwegs ist und dem Privatfunk Konkurrenz macht, ist ein Thema, das man sich genau angucken muss. Ich würde es nicht nur auf die reine Werbezeit reduzieren.

Ob in Nordrhein-Westfalen der Hörfunk insgesamt ohne den WDR – Klammer auf, und mit viel WDR, Klammer zu, das ist die entscheidende Frage – noch konkurrenzfähig wäre oder die Werbungtreibenden sagen: „Dann ist mir der Werbedruck im Hörfunk zu gering“, dazu fehlen mir die NRW-Marktkennnisse. Dazu will ich nicht sagen.

Förderung ist ebenfalls ein ordnungspolitisch extrem schwieriges Feld unter dem Stichwort der Staatsferne. Jenseits von technischer Infrastruktur gibt es noch ein paar Sachen – neben DAB auch UKW-Kosten –, die bekanntlich gestiegen sind. Weil Sender- und Standortverträge und Antennenverträge die nächsten Jahre auslaufen und möglicherweise Preisschübe verursachen könnten, ist auch dort dran zu denken, ob man diese Infrastrukturförderung ergänzen würde.

Das führt zu der Frage: Kann man UKW-Frequenzen etwa des WDR umwidmen? Das ist immer eine Frage. So etwas Riesiges drumherum, was der WDR hat, für Lokalfunk zu nutzen, ist eher schwierig. Da gibt es ein paar Dinge, wo man Geld in die Hand nehmen kann, wo man zusätzlich fördern kann, ohne in die Inhalte zu gehen. Bei den Inhalten wird es bekanntlich schwierig, es aus dem Staatshaushalt direkt zu machen. Ob man Modelle macht, wie sie in Bayern beim Fernsehen gemacht werden, muss man ordnungspolitisch entscheiden. – Das waren die zwei Dinge, zu denen ich überläbernd etwas sagen kann.

**Thomas Kroemer (Verband Lokaler Rundfunk in NRW):** Frau Stullich, Sie hatten konkret eine Frage nach dem möglichen Widerspruch zwischen dem Antrag der SPD und meinem euphorischen Lob auf unsere Kooperation gestellt. Die SPD schreibt, auch in Zukunft soll es in allen 44 Verbreitungsgebieten eigene Redaktionen geben. Die gibt es ja noch. Zunächst mal Wuppertal/Ennepe Ruhr. Das sind zwei Redaktionen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 54 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 22 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Die arbeiten unter einem Dach. Es ist ein Chefredakteur, aber es sind zwei eigenständige Redaktionen, die miteinander kooperieren. Ob es das mal geben könnte, dass eine Redaktion für zwei Verbreitungsgebiete arbeitet, weiß ich nicht. Aber ich halte es zumindest für theoretisch möglich. Das ist bei Ennepe Ruhr und Wuppertal extrem schwierig oder wäre unmöglich, und zwar, hätte ich beinahe gesagt, aufgrund der geopolitischen Voraussetzungen. Wuppertal hat mit Ennepe Ruhr nichts zu tun und umgekehrt. Daraus einen gemeinsamen Sender zu machen, ginge nicht. Das ist ausgeschlossen. Von daher wird es an der Stelle auf jeden Fall bei zwei eigenen Redaktionen bleiben. Ich kann mir aber in der Theorie vorstellen, dass es Verbreitungsgebiete gibt, die so eng verschwägert bzw. verschwistert sind, dass das möglich ist, ohne zu lasten der Lokalität zu gehen. Das ist bestimmt schwierig, weil das Lokale unser Unique Selling Point ist. Daran sparen nur ungern. Aber wenn es irgendwo einen Sender rettet, wenn er mit einem anderen fusioniert, halte ich das für möglich, ohne dass der Geist des Lokalfunks damit beschädigt wäre.

(Zuruf von Andrea Stullich [CDU])

– Das finde ich völlig unproblematisch. Ich glaube, in absehbarer Zukunft wird es Funkhäuser geben, die möglicherweise noch mehr Redaktionen beheimaten, was natürlich schwierig ist. Ich wäre als VG-Vorsitzender von Radio Wuppertal nicht in den Ennepe-Ruhr-Kreis gezogen. Das geht nicht. Nun waren die Ennepe-Ruhrler schon leidgeprüft. Die haben vorher bei Radio Hagen gesessen. Das ist benachbart. Das war gar keine Frage, dass die zu uns kommen. Umgekehrt war das nicht drin. Ich habe eben gesagt, dieses Modell ist nicht übertragbar. Das hat damit zu tun, dass man sehr genau hingucken muss, in welchen Verbreitungsgebieten was möglich ist.

Ein anderes Beispiel: Wir sind zurzeit dabei, die Kooperation mit unserem Nachbarsender RSG zu intensivieren, weil da es größere inhaltliche Schnittmengen gibt. Wuppertal, Remscheid, Solingen. Wir machen gemeinsame Feiertagssendungen. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist, Herr Kabitz, aber ich möchte nicht wissen, wie klein die Zahl der Hörer und Hörerinnen ist, die das merken. Die lokalen Nachrichten laufen durch, und die Themen, die kommen, sind in beiden Verbreitungsgebieten möglich. Auch da, denke ich, ist in der Zukunft noch manches möglich, was ich für den Lokalfunk unschädlich finde. Es gibt aber Schmerzgrenzen. Ganz deutlich. Es gibt Schmerzgrenzen, wo ich als VG-Vorsitzender sagen würde, das geht nicht.

Herr Dr. Beucker, an mich ging auch Ihre Frage nach dem Erfolg von OWL. Wenn wir wüssten, warum die so erfolgreich sind ... Ich bin hier als Sachverständiger geladen. An der Stelle kommt mein Sachverstand an seine Grenze. Ich könnte Ihnen aus der Hüfte raus sagen, was ich glaube, warum die so erfolgreich sind. Der erste Grund ist nicht polemisch gemeint: Sie sind weit weg vom WDR. – Das ist wirklich so. In Köln hört man normalerweise den WDR. In der Nähe auch. In Bielefeld ist das anders. Aber das ist nicht schlachtentscheidend. In Ostwestfalen-Lippe gibt es eine sehr gute Kooperation zwischen den Veranstaltergemeinschaften und der Betriebsgesellschaft. Das ist mit Sicherheit eine der Grundvoraussetzungen für deren Erfolg. Ansonsten müsste man mal genauer hingucken, warum das bei denen so ist. Sie sind wirtschaftlich und publizistisch erfolgreich. Beides. Es wäre schön, wenn es flächendeckend so wäre.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 55 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 23 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

**Thorsten Kabitz (Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk):** Ich würde gern ganz journalistisch die Darstellungsform des Kollegengesprächs in die Runde einführen. Auch wenn ich als Chefredakteur aus Remscheid und Solingen ... Das ist übrigens ein Sender, der seit Start vor 30 Jahren zwei Großstädte im Lande vereint, weil damals schon die Überzeugung war, dass es zumindest der kleinere der beiden Sender alleine als Verbreitungsgebiet nicht schaffen würde. Die Wuppertaler waren damals noch zu selbstbewusst, um von vornherein ...

(Thomas Kroemer [Verband Lokaler Rundfunk in NRW]: Sind sie immer noch!)

– Sind sie immer noch.

Worauf ich hinaus wollte: Der Kollege André Fritz von Radio K.W. im Kreis Wesel hat sich mit zwei Kollegen auf einen sehr spannenden Weg gemacht. Parallel zu diesem Strukturprozess werden im nächsten Jahr drei Lokalsender, nämlich Radio K.W. aus dem Kreis Wesel, Radio Emscher-Lippe mit den Städten Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop sowie Radio Mülheim/Oberhausen, ehemals Antenne Ruhr, ein Doppelsendegebiet, gemeinsam nach Essen ziehen, also alle drei ihre bestehenden Verbreitungsgebiete verlassen und in ein gemeinsames neues Funkhaus nach Essen ziehen, und zwar aus eigenem Antrieb der Kollegen und nicht, weil die Betriebsgesellschaft das so wollte.

**André Fritz (Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk):** Lieber Thorsten! Heben Sie die Hand oder schlafen Sie ein, wenn ich zu tief ins Nähkästchen greife. Aber das Thema bewegt mich tatsächlich seit einiger Zeit sehr intensiv. Ich danke dem VLR, dass auch der Sender als Nichtmitglied es in die Stellungnahme geschafft hat und wir als Radio K.W. dort erwähnt werden. Wenn der Strukturprozess eines geschafft hat, dann das Wort „Funkhaus“ ein bisschen zu einem Schimpfwort zu machen. Ich danke dir, Thorsten, dass du trotzdem noch neben mir sitzt und dich im Bild zeigt.

Bei uns war es so, dass wir dieses Projekt vor dem sehr erkennbaren Prozess angegangen sind. Das war aus einem Grund der Fall. Ich bin Chefredakteur und in dem Sinne nicht in erster Linie für die wirtschaftliche Situation verantwortlich. Der Grund ist tatsächlich aus einer anderen Motivation entstanden. Der Kreis Wesel hat schöne größere Städte wie Moers mit mehr als 100.000 Einwohnern, knapp drüber auch eine größere. Ansonsten sind wir ein ländlicher Kreis. Das Thema „Fachkräftemangel“ hat uns tatsächlich schon viel, viel eher erreicht, um einiges eher als Sender, die eine Universität in der Nähe haben oder eine größere Stadt abbilden, wie zum Beispiel Düsseldorf oder Köln. Daraus entstanden ist, um es kurz zu machen, der Gedanke: Es muss hier etwas passieren. Wir müssen irgendwie unsere Gedanken, unseren Weg, den wir haben, anders angehen, auch mit anderen Sendern. – Es haben sich dann andere Sender zusammengefunden und sich unterhalten. Natürlich ist das immer eine Frage der persönlichen Chemie. Wir wurden eingeholt von der wirtschaftlichen Situation und von der Digitalisierung. Ich bin selbst über 20 Jahre in diesem System dabei und weiß, wir sind von einem schlechten wirtschaftlichen Szenario ins nächste geschaukelt. Aber ich glaube, uns Chefredakteure eint eins, nämlich dass wir alle merken, die Zeiten haben sich durch andere Vermarktungs- und Werbemöglichkeiten,

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 56 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 24 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

durch eine Öffnung des Werbemarktes allgemein verändert. All diese Sachen haben uns dazu gebracht zu sagen, wir müssen flexibler werden, wir müssen anders agieren, wir müssen viel mehr Dinge bespielen, und das können wir zusammen besser. Da war der Name „Funkhaus“ eigentlich noch gar nicht drin.

Jetzt bin ich bei zwei Sendern, die theoretisch im Ruhrgebiet angesiedelt sind, auch wenn Oberhausen bei Wikipedia den Niederrhein mit drin hat. Radio K.W. ist am Niederrhein. Da hatte ich arge Bauchschmerzen zu sagen, wir ziehen in ein Funkhaus. Das war mal so ein Gedanke. Zwei plus eins war erst der Gedanke. Irgendwann fragte mich jemand: Wie viele Hörer hören dich eigentlich in deinem Kreisgebiet mit 13 Kommunen, weil du in Wesel am Berliner Tor ein Studio hast? Wenn ich ganz ehrlich bin und meinen Lokalfunkbauch ausgeschaltet habe, weil der sagt, das geht überhaupt nicht, ich kann doch nicht aus meinem Sendegebiet wegziehen ... Wir haben übrigens zwei kleine Standorte im Kreisgebiet erhalten beziehungsweise sogar noch einen dazubekommen. Das geht gar nicht.

Mittlerweile bin ich einer anderen Überzeugung, nämlich dass zumindest in der Abwägung der Sachen und Möglichkeiten ein Vorteil für uns liegen kann, ein Funkhaus zu gründen. Ich glaube tatsächlich, dass wir wegmüssen von der reinen Betrachtung. Andrea, du hattest gefragt: Ist es an einen Ort gebunden, an eine Redaktion? Ich bin fest der Überzeugung, dass das nicht anders geht, wenn wir genau das wollen, nämlich Vielfalt und den Lokalfunk erhalten, wie er ist.

Ich höre auf, sage aber, dass die Frage für mich essenziell nicht beantwortet ist: Was wollen wir? Wollen wir das System und Lokalfunk in dieser Vielfalt in lokalen Verbreitungsgebieten, wie sie jetzt sind, erhalten oder nicht? Daraus leitet sich letztendlich nach der Beantwortung dieser Frage alles andere ab, wie zum Beispiel die Frage der Solidarität und die Frage: Was ist das für uns?

**Thorsten Kabitz (Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk):** Das Beispiel zeigt, um die Frage nach der Mindestausstattung einzugehen, die drei Sender haben sich unterschiedlich entschieden. Radio K.W. wird in Kooperation mit einer örtlichen Zeitung einen Standort im Gebiet erhalten, an dem man auch mal Interviews führen kann. Die anderen Kollegen sagen, wir lösen das mobil, weil heute auch die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens etc. ein Thema sind, um Fachkräfte für den eigenen Sender zu sichern. Die sind halt auch bei uns schwieriger zu finden. Es sind also unterschiedliche Wege, die gewählt werden. Essenziell bleibt, den Sender lokal verankert zu haben, nicht irgendwo in der Ferne zu sitzen und nicht mehr vor Ort zu sein. Ob das ein eigenes Funkhaus mit ein, zwei, drei Produktionsstudios, Zentraleinheit, eigener Sekretärin etc. überall sein muss? Da liegen sicherlich Synergiepotenziale, die man heben muss.

Wichtig bleibt, auch über Aktionen – und genau das haben wir übrigens im Strukturprozess – mit Beteiligung der Redaktion erarbeitet zu gucken, was man machen kann, um den Sender nicht nur als Briefkastenfirma im wahrsten Sinne des Wortes präsent zu halten.



Landtag Nordrhein-Westfalen	- 57 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 25 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Zahlen zur Mindestausstattung zu benennen, wird manchmal schwierig, wenn ich an ein Gebiet wie zum Beispiel Radio Berg mit den Kreisen Rheinberg und Oberberg denke, die irgendwo zwischen Leichlingen und Reichshof/Bergneustadt unterwegs sind und viel Zeit damit verbringen, unterwegs zu sein. Die Frage: „Wie viele Personen müssen das pro Sender sein?“ ist vielleicht nicht pauschal zu beantworten, aber sie ist ein wichtiger Punkt.

Das leitet mich zur Frage von Frau Stulich. Genau das ist einer der Punkte. Es sind Maximalgrenzen, Obergrenzen sozusagen für Stunden, die man zwar in Absprache verändern kann, aber sie sind benannt worden. Diese Mindeststandards nicht.

Spannend wird es, wenn man davon ausgeht, drei Sender in ein gemeinsames Funkhaus zu bringen. Braucht es dann noch drei Chefredakteure? Braucht es dann noch drei komplette Veranstaltergemeinschaften mit jeweils 20, 21 Leuten, oder kann man das auch gemeinsam organisieren? Ich sprach diese Woche mit einem Vertreter der evangelischen Kirche in meiner VG, der sagte: Na ja, das ist bei uns so ähnlich wie im Lokalfunk. Wenn Gemeinden zusammengelegt werden, Gemeindehäuser zusammengelegt werden, tun sich Ehrenamtler in den Gemeinderäten manchmal schwer damit, weil es natürlich ein Stück weit auch ihre Existenzberechtigung, ihre Motivation im Engagement ist, etwas mitentscheiden, etwas prägen zu können. Das aufzugeben, fällt schwer.

Gleichzeitig erleben Herr Kroemer und die Kolleginnen und Kollegen, wie hoch die Anforderungen geworden sind und mit welchen Themen man sich tagtäglich befassen muss, bei denen wir sagen, die Chefredaktionen üben da eine wichtige Rolle aus. Der Einfluss, das, was VGen für sich beanspruchen, um was sie sich kümmern, wird sehr unterschiedlich in den Gebieten gelebt. Ich glaube, vieles von der Frage, wie man die Rolle der Chefredaktion im System verändern kann, könnte man erst mal systemintern regeln, indem man sich mit Veränderungen von Gremienstrukturen beschäftigt, wer in welcher Runde sitzt und entscheidet, was klärt, bevor man Gesetzgebung damit befasst.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Entschuldigung. Ich habe eine Bitte. Sie reden jetzt fast eine Viertelstunde. Ich bitte Sie ein Stück weit, sich an die zeitlichen Rahmen zu halten. Vielen Dank.

**Thorsten Kabitz (Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk):** Danke für den Hinweis. – Zwei Punkte nur noch. Ja, uns haben Fragen beschäftigt. Im Rahmen des Strukturprozesses gibt es strukturelle Fragen auf beiden Ebenen. Auf Ebene der Veranstaltergemeinschaften, der VG-Säulenstruktur, aber auch der BG-Säulenstruktur. Das ist ein Teil der Frage von Herrn Dr. Beucker. Weil das Miteinander, weil auch die Arbeitsweise von Betriebsgesellschaften unterschiedlich ist, kann man überlegen: Gibt es eine Lokalfunk-BG, an der alle partizipieren und die einmal die Kugelschreiber für 44 Sender bestellt, oder wie organisieren wir das in Zukunft? Das ist eine Frage, die wir intern klären müssen, ebenso wie die Frage: Was ist die Rolle und Verantwortung von Radio NRW?

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 58 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 26 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Stichwort „Förderung“. Nur ein Punkt, der uns noch wichtig ist: Achten Sie bitte mit darauf, dass die Gelder, die wir letztlich zur Förderung des Aus- und Nachwuchses von der LfM erhalten, so sind, dass wir die Medienfachkräfte von morgen, über die wir uns gemeinsam Gedanken gemacht haben, ausreichend angemessen fördern und unterstützen können. Auch das ist ein großes Thema in Zeiten knapper werdender Budgets.

**Volkmar Kah (Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband NRW):** Ich kann vielleicht einiges an Zeit wieder reinholen. Tatsächlich glaube ich, das Thema „gemeinsamer Chefredakteur“ oder „Rolle von Chefredakteur\*innen“ war bei den Kollegen Fritz und Kabitz ganz gut aufgehoben.

Herr Vogt, wie muss man Redaktionen aufstellen, damit sie Lokaljournalismus machen? Es gab vor 30 Jahren eine grüne Fibel. Darin hat man festgehalten, wie viele Stunden wie viele Redakteurinnen im lokalen Rundfunk benötigen. Ich glaube, das ist heute komplexer. Der Vortrag der beiden Kollegen hat gezeigt, dass man sich das am Ende des Tages individuell angucken muss. Sicherlich ist ein Ennepe-Ruhr-Kreis – neun Städte, ein Sender, also ein Theoriekonstrukt – anders aufzustellen als Radio Wuppertal, wo die Wege im Zweifel kürzer sind. Da muss man, glaube ich, hingucken. Der Punkt ist, dass die personelle Ausstattung der Redaktionen im Lokalfunk derzeit bereits an der Untergrenze dessen ist, was möglich ist. Das liegt manchmal oder zunehmend auch nicht daran, dass die BGen und VGen niemanden mehr einstellen wollen, sondern dass die Rahmenbedingungen im Lokalfunk so schlecht geworden sind, dass niemand mehr kommt. Aber jetzt fange ich nicht mit Tarifverhandlungen an. Das lassen wir weg.

Braucht man Redaktionen in jedem Verbreitungsgebiet? Ja, klar. Braucht man Gebäude in jedem Verbreitungsgebiet? Das ist die andere Frage. Was ist eine Redaktion? Redaktionen sind Menschen, sind Journalistinnen und Journalisten, die sich im Verbreitungsgebiet auskennen, die da verankert und sichtbar sind. Es ist die Frage der lokalen Verankerung, der lokalen Kompetenz, der ausreichenden Ausstattung der Redaktion, aber auch der Sichtbarkeit. Wer wäre ich, wenn ich in einem ersten Aufschlag sage: „Wir müssen alles auf den Prüfstand stellen“ und nicht auch das auf den Prüfstand stellen würde? Ich bin sehr gespannt, was zwischen Niederrhein und Ruhrgebiet funktioniert. Ich gestehe, ich bin zu wenig Radiomensch, dass ich sagen kann, inwiefern man bei Sendestrukturen und redaktionellen Strukturen, also dem Mitarbeiter, der zuliefert oder dem reine Sendestudio, Dinge heben kann. Ich glaube, da muss man draufgucken. Wichtig ist am Ende, dass man in der Region sichtbar bleibt und man, wenn das nicht die Redaktion, der Sender ist, andere Wege findet.

Es gibt natürlich Möglichkeiten, Journalismus europaweit und staatsfern zu fördern. Es gibt sie auch hier. Herr Ory hat auf bayerische Modelle hingewiesen. Ich glaube, dass es Sinn macht, da mal draufzugucken. Wenn Ihre Ausgangsthese stimmt: „Lokaljournalismus und damit Lokalfunk ist wichtig“, muss man gucken, wie man auch über Technik hinaus fördern kann.

Die Kooperationen in OWL funktionieren auch deswegen ganz gut, glaube ich, weil OWL lokal plus regional und dafür weniger landesweit macht. An der Stelle ist nicht an

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 59 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 27 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

der Lokalität gespart worden, wie Herr Kroemer sagte – das ist der USP –, sondern die haben auf die Lokalität die Regionalität gesetzt. Das mag da funktionieren, wo es einen einheitlichen Begriff gibt. Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat mindestens mal, was Schwelm und Gevelsberg angeht, sehr wohl mit Wuppertal zu tun. Aber Sie haben recht, wenn Sie nach Wetter/Herdecke aufgehen, sind die Richtung Dortmund orientiert. Deswegen ist es an zwei Stellen spannend, über senderübergreifende Kooperationen nachzudenken, auch über die Vermarktung nachzudenken. Der Hattinger ist nach Bochum orientiert. Der Schwelmer ist nach Wuppertal orientiert. Da gibt es ganz, ganz verschiedene Geschichten, und auch da kann man noch viel dran drehen, glaube ich. – So, jetzt will ich mein Versprechen halten.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Damit wir uns verstehen: Was raus muss, muss raus, und wir sind herzlich dankbar dafür, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Aber wir müssen auch den zeitlichen Rahmen irgendwie hinbekommen. Herzlichen Dank. Jetzt haben die Herren Peltzer und Dicks das Wort. Bitte schön.

**Uwe Peltzer (Verband der Betriebsgesellschaften in NRW):** Lieber Herr Vogt, auf die Frage zur WDR-Werbezeiteneinschränkung habe ich geradezu gewartet. Die haben Sie mir schon mal gestellt. Ich möchte das gerne so beantworten wie beim letzten Mal. Wir als BG-Verband hätten uns sehr gewünscht, wenn das im Gesetz geblieben wäre. Das ist aber nicht passiert. Wenn wir es hätten entscheiden können, wäre es dringeblichen, wenn ich das noch mal so beantworten darf.

Das damalige Gutachten, was in Auftrag gegeben wurde, enthielt die Befürchtung, dass hier in Nordrhein-Westfalen eine Gattungsschädigung hätte eintreten können, wenn wir den Werbedruck nicht entsprechend hätten aufbauen können. Das Gutachten hat unterstellt, dass wir dafür beide WDR-Programme brauchen. Mich hat das persönlich nicht so ganz überzeugt, aber das war damals das Argument. Das hat sich mittlerweile ein bisschen geändert, weil wir inzwischen um die 60 neue Wettbewerber in Nordrhein-Westfalen haben. Insofern mag die Situation heute etwas anders sein als sie vor ein paar Jahren war, als wir im Wesentlichen nur den WDR und uns hatten.

Was könnten Sie noch tun? Wo könnten wir noch Förderung gebrauchen? In erster Linie müssen sich die Lokalradios nach meinem Verständnis aus sich selbst heraus refinanzieren können. Das müssen wir herstellen. Was in den letzten Wochen ein Thema war, aber in den letzten Tagen nicht mehr so hochgepoppt ist, ist das Thema „Lebensmittelwerbung“ oder „Einschränkung der Lebensmittelwerbung“. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns da unterstützen könnten, dass das nicht zu restriktiv angewandt wird, weil das bei uns durchaus bis zu 20 % der Werbeeinnahmen infrage stellen könnte. Das wird uns noch mal extrem treffen. Ich würde darum bitten, dass Sie uns an der Stelle, soweit es geht, unterstützen.

Herr Dr. Beucker hatte gesagt, der WDR könnte Frequenzen abgeben. Das überrascht mich ein bisschen.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Ein theoretisches Konstrukt!)

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 60 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 28 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

– Ach so. Dass das denkbar ist, hätte mich ein bisschen überrascht. Bei unseren 44 Lokalradios haben wir keine hundertprozentige Verbreitung. Aber ich glaube, wir haben UKW-mäßig mittlerweile einen Stand erreicht, mit dem wir ganz zufrieden sein können. Auch in den letzten Jahren hat die LfM sich sehr bemüht, mit Stützfrequenzen zu unterstützen. Am Ende des Tages stellte sich die Frage, ob diese Stützfrequenz überhaupt wirtschaftlich beschreibbar ist, also ob man genügend Zuhörer bei relativ hohen Kosten erreichen kann. Wenn ich an WDR-Frequenzen denke, würde ich spontan behaupten, die haben eine relativ hohe Stärke und Reichweite. In unserem sublokalen Gebiet wäre das bei einzelnen Ecken, die wir nicht UKW-mäßig verbreiten, glaube ich, eine Ressourcenverschwendung. Aber ich möchte Herrn Dr. Schmid da nicht vorgreifen. Die wären in der Verbreitung natürlich sehr teuer. Wir haben durchaus ein paar Verbreitungsgebiete, in denen wir uns eine Optimierung wünschen würden. Aber ob die WDR-Frequenzen an der Stelle helfen würden, da mache ich ein Fragezeichen dran. An der einen oder anderen Stelle bestimmt, aber ich glaube, nicht flächendeckend.

**Prof. Dr. Werner Schwaderlapp (Medienkommission bei der Landesanstalt für Medien NRW [per Video zugeschaltet]):** Ich möchte nur eine Anmerkung machen, weil gefragt worden ist, ob die Politik etwas tun könnte. Ich hatte darauf hingewiesen, dass die Handlungsfähigkeit des Systems die Gemeinsamkeit in den Fragen erfordert, die gemeinsam gelöst werden müssen. Zurzeit bedeutet das 44-mal Ja von der einen Seite und 44-mal Ja von der anderen Seite. Der Systemvertrag hat versucht, eine Lösung zu finden. Er ist nicht von allen unterschrieben worden.

Es wird sich zeigen, ob es eine Lebenswirklichkeit gibt, die so aussieht, als ob der Systemvertrag unterschrieben worden wäre, also ob es in einer anderen Form mehr Gemeinsamkeit gibt. Wenn diese Handlungsfähigkeit nicht im System selbst hergestellt werden kann, dann stellt sich allerdings die Frage, ob die Politik die Notwendigkeit sieht und die Möglichkeit hat, die Handlungsfähigkeit zu stärken. Dafür kann man zwei regulatorische Ansätze haben. Entweder man reguliert es innerhalb des Systems. Da muss man sehen, dass die bestehenden Traditionen einerseits konterkariert, aber andererseits auch aufgegriffen werden, sodass Handlungsmotivationen bestehen bleiben. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, man regelt es durch externe Intervention. Darauf läuft die eine oder andere Vorstellung von Herrn Ory heraus, die eine stärkere Rolle der Landesanstalt für Medien beinhaltet. Das möchte ich im Augenblick noch nicht kommentieren, aber mit einem Hinweis versehen: Wenn man solche externen Interventionen macht, dann ist das die Intervention einer Behörde. Ob das sehr praktisch ist, ist die eine Frage. Ob das effektiv ist, ist die andere Frage. Wir als Behörde beziehungsweise der Direktor mit seinen Bescheiden, die er mit oder ohne Zustimmungsbedarf der Medienkommission erlässt, ist überprüfbar vom Verwaltungsgericht, vom Oberverwaltungsgericht usw. Dann kommen wir in eine Entscheidungssituation, die möglicherweise sehr viel länger dauert als freiwillige Vereinbarungen oder als eine durch gesetzliche Regulatorik vereinfachte Entscheidung innerhalb des Systems selbst.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 61 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 29 -	APr 18/446
<hr/>		
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

**Dr. Tobias Schmid (Landesanstalt für Medien NRW):** Ich versuche, Sie wach zu halten. Ich beantworte die Fragen rückwärts. Die kann ich schnell beantworten. Bei UKW ist es tatsächlich so: Ich glaube, das bringt am Ende nichts. Das, was man aus den WDR-Kapazitäten rausholen könnte, wäre wahrscheinlich vom Aufwand her disproportional zu dem, was man damit an Lücken füllen kann; denn die UKW-Versorgung ist an und für sich ganz in Ordnung.

Der Punkt, den Frau Stullich angesprochen hat, ist ein guter. In der Tat fliegt bei der Diskussion einiges durcheinander. Der sogenannte Überlagerungsvertrag regelt bestimmte Mechaniken und setzt bestimmte Standards wie diese legendären 700.000 Euro und die acht Stunden. Ich weise noch mal darauf hin, dass der Überlagerungsvertrag vorsieht, dass man davon abweichen kann, wenn man das entsprechend begründet, genauso wie er weitere Maßnahmen staffelt.

Wichtig ist, etwas auseinanderzuhalten. Der Überlagerungsvertrag, diese Konstruktion als Ergebnis des Strukturprozesses, ist eine Verfahrensregel. Da will man miteinander die Frage angehen: Wie gehen bestimmte Prozesse? Wie funktioniert ein Budgetprozess? Wie macht man einen Schlichtungsprozess? Wie verfährt man, wenn ein Sender in Schieflage kommt? Dann zeigt er verschiedene Optionen auf. Das ist kein inhaltlicher Vertrag.

Das ist zu unterscheiden von dem, was weiterhin ganz in der Verantwortung bleibt, nämlich Etatverhandlungen und Budgetverhandlungen. Der Überlagerungsvertrag macht nur klar, was passiert, wenn sie nicht funktionieren. Natürlich müssen die trotzdem geführt werden. Das gilt erst recht für den Punkt, den Frau Stullich angesprochen hat, nämlich für Tarifverträge. Tarifverträge werden durch Tarifparteien verhandelt und nicht durch Überlagerungsverträge geregelt. Der Überlagerungsvertrag ist der Versuch, Regelungen zu finden für das, was in besten Fällen sowieso von alleine funktioniert. – Das OWL-Argument: „Wir können das auch so“ ist kein schlechtes Argument. Der Überlagerungsvertrag sagt nur: Wo es nicht von alleine funktioniert, wo die Reibung zu groß ist, versuchen wir ein Regelwerk zu finden, damit wir gemeinschaftlich einen Schritt weiterkommen.

Damit komme ich zu dem letzten Punkt, zu dem ich was sagen möchte, nämlich zur Frage: Gibt es noch Ideen an die Politik? Eigentlich nein. Meine Bitte wäre fast: Bitte nein. – Ich erkläre Ihnen kurz, was ich meine. Ich fand heute vieles überzeugend. Besonders überzeugend fand ich die Ausführungen von Herrn Kroemer vom VLR. Am Ende ist es so, wie er sagt. Das System muss die Lösung aus sich selbst heraus finden. Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Man kann das fördern und jenes fördern. Das kann man alles machen, aber das löst das Problem nicht. Das System muss die Lösung selber finden. Dafür muss das System zur Kenntnis nehmen, dass sich die Welt dramatisch ändert. Ich habe nichts gegen die wunderbaren Unterhaltungen, ob man von Wuppertal aus Hattingen und Hattingen in Ratingen und Ratingen in Bochum versorgen kann. Das ist alles schön. Ich habe das starke Gefühl, dass es Amazon Music und Spotify überhaupt nicht interessiert, ob das in Ratingen oder in Hattingen so und so aussieht. Das sind die, die inzwischen den Markt prägen. Das wird Druck auf das System ausüben. Darauf müssen Sie Antworten finden. Das bedeutet, am Ende ist das, was Herr Kroemer gesagt hat und was Herr Fritz beschrieben hat, die

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 62 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 30 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Realität, zu der wir kommen müssen. Wir müssen aus den Systemteilen möglichst schnell Lösungen finden, die vor Ort funktionieren. Der Überlagerungsvertrag macht übrigens nichts anderes, als dafür ein Gerüst vorzugeben.

Zurück zu Ihrer Frage, Herr Vogt. Ich meine das voller Wertschätzung für all die Zeit, die Sie sich als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nehmen. Aber bitte machen Sie dem System keine falschen Hoffnungen. Es gibt Systemteile, die glauben, es käme der weiße Ritter um die Ecke geritten, der Gesetzgeber, der dieses riesen Problem löst, ganz viel Geld ausschüttet und dann ist alles gut. Lassen Sie uns ehrlich sein: Das wird nicht passieren. – Dieses System muss es unter den jetzigen Bedingungen mit leichten Arretierungsmöglichkeiten aus sich selbst heraus schaffen. Das ist alles, was man machen kann, wenn man sich an Prinzipien der Staatsferne und der Unabhängigkeit hält.

Je länger die glauben, da käme eine Wunderfee um die Ecke geflogen und würde das Problem lösen, desto schwieriger wird es. Deswegen bleiben wir bei unserem Appell. So werden wir das übrigens – für den Fall, dass das noch jemanden hier im Kreis interessiert – machen. Wir werden die Gespräche und Appelle bezüglich der Ergebnisse des Strukturprozesses noch bis Ende Januar fortsetzen. Dann ziehen wir einen Schlusstrich und werden sehen, wo wir stehen.

Sie wissen alle, da gibt es gar keinen großen Handlungsbedarf. Das, was dann passiert, steht längst im Landesmediengesetz. Das LMG schreibt vor, dass die Landesanstalt für Medien NRW dann sozusagen Kassensturz machen muss. Das wird weder für uns noch für die Medienkommission besonders lustig. Wir werden Kassensturz machen müssen und dann die Kriterien, die im Landesmediengesetz stehen, nehmen. Das ist die Frage der Abbildung der kommunalen Körperschaften, die Vielfalt von lokalem Journalismus und – Achtung! – die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Verbreitungsgebieten. Wenn es bei dem bleibt, was wir jetzt haben, nämlich keine Lösung aus dem System oder keine hinreichende und gleichzeitig 13 bis 17 Sender, die im wirtschaftlichen Minus sind, dann wird das Ergebnis einer solchen neuen Gebietsüberprüfung, so fürchte ich, am Ende nicht 44 sein. Das fände ich sehr schade. Deswegen geht seitens der Landesanstalt für Medien NRW und sicherlich auch der Medienkommission noch mal die Bitte an die Systembeteiligten, ihre Verantwortung so wahrzunehmen, wie das einige oder viele von ihnen schon tun. Aber es geht eben nur, wenn es gemeinschaftlich klappt. – Entschuldigen Sie, dass es mich am Ende in einem Appell verlaufen habe.

**Amt. Vorsitzender Andreas Bialas:** Herzlichen Dank für den Beitrag. – Sind alle Fragen aus der zweiten Runde beantwortet worden, oder ist noch etwas offen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob Bedarf für eine dritte Runde besteht. Wenn er besteht, dann bitte ich um das Handzeichen, um ihn mir anzuzeigen. – Ich sehe keinen Arm und keine weiteren Aufforderungen.

Wir sind am Ende der Anhörung. Ich darf mich sehr, sehr herzlich bedanken bei Ihnen, Herr Dr. Schmid und Frau Bisek, bei Herrn Professor Dr. Schwaderlapp per Videoschaltung – herzlichen Dank –, bei Herrn Peltzer und Herrn Dicks, bei Herrn Kah, bei den Herren Kabitz und Fritz, bei Herrn Kroemer und Herrn Professor Dr. Ory.

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 63 -	APr 18/446
		Anlage
Landtag Nordrhein-Westfalen	- 31 -	APr 18/446
Ausschuss für Kultur und Medien		07.12.2023
23. Sitzung (öffentlich)		

Herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich glaube, der Kampf für einen guten Lokalfunk eint uns. Da ist es immer gut, viele Sachverständige mit derartiger Expertise zu hören. Insoweit bedanke ich mich, dass Sie den Weg zu uns gefunden und die Worte an uns gerichtet haben. Ich danke im Namen des Ausschusses für Ihre Auskünfte und Einschätzungen.

Das Protokoll der Anhörung wird nach Fertigstellung im Internetangebot des Landtages abrufbar sein. Der Ausschuss wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen nach der Protokollfertigstellung mit den Ergebnissen dieser Anhörung und mit dem weiteren Verlauf des Antrages befassen.

Ich wünsche Ihnen, unseren Gästen und den Zuhörern, aber selbstverständlich auch den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, eine gute Rückreise und einen guten Tag.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

gez. Andreas Bialas  
amt. Vorsitzender

**Anlage**

18.12.2023/18.12.2023





**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Kultur und Medien

Anlage

**Die Lokalradiolandschaft NRW muss erhalten bleiben!**  
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/6388

am 7. Dezember 2023  
14.30 Uhr bis max. 16.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

## T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmer	Stellung- nahme
Landesanstalt für Medien NRW Direktor Dr. Tobias Schmid	<b>Dr. Tobias Schmid</b> <b>Helena Bisek</b>	<b>18/1093</b>
Vorsitzender der Medienkommission bei der Landesanstalt für Medien NRW Professor Dr. Werner Schwaderlapp	<b>Professor Dr.</b> <b>Werner Schwaderlapp</b> (Videozuschaltung)	<b>18/1087</b> Neudruck
Koen Verbrugge München	- verhindert -	<b>18/1096</b>
Verband der Betriebsgesellschaften in NRW e.V. Vorsitzender Uwe Peltzer	<b>Uwe Peltzer</b> <b>Carsten Dicks</b>	<b>18/1111</b>
Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Nordrhein-Westfalen Volkmar Kah	<b>Volkmar Kah</b>	<b>18/1112</b>
Verein der Chefredakteure im NRW-Lokalfunk (vdc.NRW)	<b>Thorsten Kabitz</b> <b>André Fritz</b>	---
Verband Lokaler Rundfunk in NRW e.V. Vorsitzender Thomas Kroemer	<b>Thomas Kroemer</b>	<b>18/1090</b>
Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) Professor Dr. Stephan Ory Geschäftsführer	<b>Professor Dr.</b> <b>Stephan Ory</b>	<b>18/1104</b>

\*\*\*